

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 2,50 M.  
im voraus zahlbar, Postbezug 4,25 M.  
einschließlich 60 Bl. Postzeitungs- und  
72 Bl. Postbeleggebühren. Kavaliers-  
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Wochenbeilagen für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Wohnd“, „Wirtschaftsbeilagen“, „Wohnd  
und Zeit“ und „Kinderzeitschrift“, ferner  
„Frauenstimme“, „Lehrling“, „Was in  
die Böhmerwelt“, „Jugend-Vorwärts“  
und „Stadtbeilage“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einpagige Kampfbroschüre  
„Kleine Anzeigen“ des zentral-  
druckt Wort 25 Pfennig (zuletzt zwei  
Freigelegte Worte), jedes weitere Wort  
12 Pfennig. Bestellgebühr des zentral-  
druckt Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt  
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite  
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-  
geschäft, Lindenstraße 3, wochenttäglich  
von 9<sup>1/2</sup> bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Poststr. 65, D. B. u. D. B. - Ges., Depotkassette, Jerusalemstr. 65/66.

## Brünings Verzweiflungsplan.

### Verschärfte Lohnsteuer? Kürzung der Löhne und Gehälter?

Die Besprechungen des Reichskabinetts über das  
künftige Arbeitsprogramm wurden am Mittwochabend  
um 8 Uhr fortgesetzt.

Dazu schreibt der „Soz. Pressedienst“:

Als wir kurz vor der Wahl mitteilten, daß in dem Finanz-  
programm der Regierung auch die Abschaffung der Verschärfung der  
Lohnsteuer durch Beseitigung der Lohnsteuerrück-  
erstattungen eine große Rolle spiele, hat die Regierung diese  
Behauptung mit größter Entschiedenheit dementieren lassen. In-  
zwischen haben uns die Ereignisse vollkommen  
recht gegeben. Bei den neuen Steuerplänen der Regierung  
spielt die Aufhebung der Lohnsteuerrückerstattungen wieder eine  
entscheidende Rolle. Obwohl im März eine derartige Absicht, die  
drei Millionen Lohnsteuerpflichtigen, und zwar besonders denjenigen,  
die durch Arbeitslosigkeit besonders notleidend sind, eine Mehrbelastung  
von 80 Millionen Mark jährlich aufbürdet, auch von den bürgerlichen  
Mittelparteien abgelehnt wurde, soll sie jetzt durchgeführt werden.  
Gleichzeitig erörtert die Regierung Pläne wie die Ermäßigung  
der Vermögenssteuer, den Umbau der Realsteuern  
und die Reform der landwirtschaftlichen Besteue-  
rung. Auch eine Veränderung des Finanzausgleichs, des  
Steuervereinfachungsgesetzes und die Abänderung  
des § 7 der Umsatzsteuer, der das Zwischenhandels-  
privileg enthält, ist beabsichtigt. Um die Staats des Reichs, der  
Länder und der Gemeinden für 1931 in Ordnung zu bringen, ist  
ferner neben Ersparnissen an den Sachausgaben auch eine Ver-  
minderung der Personalausgaben geplant. Ob damit  
lediglich die Absicht verbunden ist, die bis zum 31. März 1931  
befristete Reichsabgabe zu verlängern oder ob eine weitergehende  
Kürzung der Beamtenegehälter vorgeschlagen werden soll,  
steht noch nicht fest.

Die Strömung für eine Kürzung der Beamtenegehälter  
ist außerordentlich stark. Sie wird besonders von  
denjenigen betrieben, die gleichgerichtete Maßnahmen  
für die Senkung der Löhne für erforderlich halten.

Man will zur Erreichung dieses Zweckes nicht nur das Schlichtungs-  
wesen in Bewegung setzen, sondern es ist auch hier der Gedanke  
aufgetaucht, durch Gesetz einen Eingriff in die durch  
die Tarifverträge festgesetzten Löhne vorzu-  
nehmen. Von der Absicht auf Lohnsenkung sind auch diejenigen  
Maßnahmen mitbestimmt, die der Kürzung der Leistungen  
der Arbeitslosenversicherung dienen und die sich nicht auf die  
Erwerbslosenversicherung beschränken, sondern auch ausgedehnt  
werden sollen auf die Krisenfürsorge und die Wohlfahrtsunterstützung  
der Gemeinden.

### 6% Prozent Beitrag zur Arbeitslosenversicherung.

Das Reichskabinett hat auf Verlangen des Reichsarbeitsministers  
beschlossen, die Arbeitslosenversicherungsbeiträge  
um 2 Proz. von 4% auf 6% Proz. heraufzusetzen. Das Kabinett  
hat diesen Beschluß auf Grund der Notverordnung gefaßt. Diese  
schreibt vor, daß die entstehenden Mehraufwendungen für  
Zwecke der Arbeitslosenfürsorge mindestens zur Hälfte durch  
Reformen oder durch eine Erhöhung der Beiträge auf-  
zubringen sind. Man schätzt gegenwärtig bei einer angenommenen  
Durchschnittsziffer von 2,5 Millionen Erwerbslosen den  
bis zum Ende des Etatsjahres noch entstehenden Mehrbedarf bei  
der Arbeitslosenversicherung auf rund 400 Millionen Mark. Davon  
sollen etwa 200 Millionen durch die Erhöhung um 2 Proz. auf-  
gebracht werden, während die anderen 200 Millionen Mark dem  
Reichshaushalt zur Last fallen sollen. Hierzu treten erhöhte  
Aufwendungen für die Krisenfürsorge von etwa 100 Millionen,  
die ebenfalls aus dem Reichshaushalt entnommen werden müssen.

## Nazi-Braunschweig?

### Was tut die Staatspartei?

Aus Braunschweig wird uns von informierter Seite  
geschrieben:

Die Verhandlungen über eine neue Regierungsbildung  
im Lande Braunschweig haben zu einem auffälligen Ergebnis ge-  
führt: Der einzige staatsparteiliche Abgeordnete des Braun-  
schweigischen Landtages, ein Jungdo-Mann, hat sich den  
Nationalsozialisten gegenüber feierlich verpflichtet, alle Ver-  
suche zur Bildung einer Großen Koalition zu sa-  
bottieren und nur eine rechtsradikale Regierung zu unterstützen.  
In dieser sollen die Nationalsozialisten außer dem Innen-  
ministerium auch das Kultusministerium erhalten,  
während sich die Deutschnationalen mit dem Finanzministerium be-  
gügen sollen.

Die bürgerlichen Rechtsgruppen haben sich mit dem National-  
sozialisten auf ein Regierungsprogramm geeinigt, das aus-  
drücklich die Durchführung des Polizeiapparates,  
der Verwaltung und des Schulwesens mit Anhängern der national-  
sozialistischen Bewegung vorleibt. Besonders Wert haben die  
Nationalsozialisten darauf gelegt, den Posten des Polizei-  
präsidenten mit einem ihrer Parteilöhner befehlen zu  
lassen, was ihnen im Laufe der Verhandlungen nach anfänglichem  
Widerstreben der anderen Parteien durch Vermittlung des  
Staatsparteilers, der im neu gewählten Landtage  
das Jünglein an der Spitze bildet, zugestanden wurde.

Es wäre angelehnt dieser Tatsache immerhin von Wichtig-  
keit, zu erfahren, wie die Führung der immer noch zur Hälfte  
demokratischen Staatspartei über das Verhalten des staats-  
parteilichen Abgeordneten in Braunschweig denkt.

## Bayerisches Finanzjeld.

### Vor neuen Koalitionsverhandlungen?

München, 24. September. (Eigenbericht.)

Die Bayerische Volkspartei hat jetzt noch einmal einen Versuch  
unternommen, um der immer drohenden hereinbrechenden Finanz-  
katastrophe des Landes Bayern Herr zu werden.  
Ihre Landtagsfraktion hat beschlossen, daß die geschäftsführende Re-  
gierung Held unverzüglich Verhandlungen mit allen Parteien des  
Landtages aufnimmt, damit eine Ausbalancierung des Haushaltes  
erreicht und das Defizit von 15 Millionen beseitigt wird.

Den Zwang zu diesen Verhandlungen erblidt die  
Bayerische Volkspartei in der ausdrücklichen Forderung der Geld-  
geber, die eine Anteihe zur Deckung der 150 Millionen hochper-  
zinslicher Schulden, die die Regierung Held in den letzten fünf  
Jahren angehäuft hat, nur dann gewähren wollen,  
wenn der Etat 1930 durch Einsparungen im Budget und durch Er-  
schließung einer neuen Steuer völlig ausgeglichen ist. Diese Sa-  
nierung wird nunmehr als die dringlichste Aufgabe bezeichnet und

die Bildung einer neuen von der Mehrheit des Landtages ge-  
tragenen Regierung hinter sie zurückgestellt. Die in Aussicht ge-  
stellten Verhandlungen sollen sich auf dem Boden neuer Geset-  
vorlagen bewegen, die die geschäftsführende Regierung möglichst  
rasch im Parlament einbringen wird. Von dem Verhalten der  
Parteien soll es abhängen, mit wem die Bayerische Volkspartei sich  
in Zukunft koalieren wird. Wichtigt der Verlust der Aus-  
balancierung des Etats, so dürfte zwecks Neuwahlen das Landes-  
wahlgesetz möglichst rasch geändert werden.

## Fraktion Scholz.

### Wahl des Vorsitzenden. — Freie Hand gegenüber Brüning

Wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ mitteilt, ist in der  
Ritterschaft der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei  
auf Vorschlag des Abgeordneten Dr. Kohl der bisherige Partei- und  
Fraktionsvorsitzende Dr. Scholz einstimmig durch Juraß wieder  
zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt worden. Dr. Scholz hat  
die Fraktion um vertrauensvolle Unterstützung, ferner um Einig-  
keit und Geschlossenheit. Die Reichstagsfraktion dürfe keine  
Gruppen kennen, sondern müsse stets ein einheitliches  
Fraktionsganges darstellen.

Partei Vorstand und Reichstagsfraktion der Deutschen Volk-  
spartei setzten dann gemeinsam folgenden Beschluß:

Im Einverständnis mit dem Parteivorstand behält sich die  
Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei völlige Freiheit der  
Entscheidung gegenüber den Maßnahmen der Regierung vor.  
Die Fraktion wird die Vorlagen des angekündigten Regierungs-  
programms ab w a r i e n und das Programm daraufhin prüfen,  
ob es mit den von der Fraktion seit langer Zeit vertretenen  
Grundsätzen vereinbar ist. Die Fraktion ist der Ansicht, daß dabei  
irgendwelche Kompromisse mit sozialistischen Ge-  
dankengängen für sie untragbar sind. Die Fraktion  
hält an ihrem bisherigen Ziel der Zusammenfassung  
aller staatsbejahenden bürgerlichen Parteien fest.

Herr Scholz will keine Verläufe zur „Sammlung“ der bürger-  
lichen Parteien fortsetzen. Dem gleichen Ziele diene auch eine volks-  
parteiliche Rotablenversammlung, die vor der Fraktionsführung  
steht, an der aber Herr Scholz nicht teilnahm. Man hat aus  
dieser Nichtteilnahme eine „Verschwörung“ gegen Scholz machen  
wollen. Scholz selbst läßt aber erklären, daß er alles wußte und  
mit allem einverstanden war.

## Neuer Reichsbahnpräsident für Berlin.

Zum Präsidenten der Reichsbahndirektion Berlin ist Reichsbahn-  
direktionspräsident Dr.-Ing. e. h. Marr ernannt worden. Dr. Marr  
ist zurzeit Leiter der Reichsbahndirektion Offen. Er wird die Leitung  
der Reichsbahndirektion Berlin, deren letzter Präsident der im Mai  
d. J. verstorbene Reichsbahndirektionspräsident Dr. Stapff war,  
in Kürze übernehmen.

## Massenmord in Rußland!

### 48 Erschießungen wegen „Komplots“ gegen die Lebensmittelversorgung.

Aus Moskau wird gemeldet:

Das Kollegium der staatlichen politischen Verwaltung  
prüfte im Auftrag des Zentral-Exekutivkomitees und des  
Volkskommissariates der Sowjetunion die Angelegenheit  
der konterrevolutionären Schädlingeorganisation auf dem  
Gebiete der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. Die  
Führer der Organisation, Alexander Kajanow, Eugen  
Karatygin und 46 andere Organisatoren und aktive Teil-  
nehmer an der Schädlingeorganisation in verschiedenen Lebens-  
mittelversorgungsorganen wurden zum Tode verurteilt.  
Das Urteil ist vollstreckt.

Vor einigen Tagen hatte die Telegraphenagentur der  
Sowjetunion gemeldet:

Nach einer hier veröffentlichten Mitteilung ist von der Staat-  
lichen Politischen Verwaltung (GPU) eine gegenrevolutionä-  
re Schädlinge- und Spionageorganisation auf  
dem Gebiete der Fleisch-, Fisch-, Konserven- und Ge-  
müßeverfertigung der Bevölkerung aufgedeckt worden. Nach  
den Aussagen von 17 Mitgliedern der Organisation hatte diese es  
sich zum Ziele gesetzt, im Lande eine Hungersnot  
herbeizuführen, die Unzufriedenheit der breiten Arbeiter-  
massen zu wecken und so auf den Sturz der Diktatur des  
Proletariats hinzuwirken. Die Aktionen umfaßten den Fleisch-,  
Fisch-, Konserven- und Gemüßetrust und entsprechende Teile des  
Apparates des Handelskommissariats. An der Spitze dieser gegen-  
revolutionären Schädlingeorganisation standen Professor R. Ka-  
janow, ein ehemaliger Großgrundbesitzer und Generalmajor,  
und Karatygin, der in der Vorrevolutionzeit Chefredakteur  
der Handels- und Industriezeitung war, des führenden Mannes der  
russischen Bourgeoisie und Organs des Finanzministeriums. Mit-  
glieder der Organisation waren ehemalige Adlige, zaristische  
Offiziere und Intendanten, ehemalige Fischhändler und Fabrik-  
anten, Mitglieder der Kadettenpartei und Menschewiken. Die Orga-  
nisation stand in engen Beziehungen zu weißgardistischen Emi-  
granten und Vertretern ausländischen Kapitals, von denen sie Geld  
und Beihilfen erhielt. Die Organisation ist restlos auf-  
gedeckt. Die Regierung hat die ganze Angelegenheit dem Kolle-  
gium der Staatlichen Politischen Verwaltung zur Prüfung über-  
wiesen.

Wenn das Sowjetregime in Rußland ist und eine Kata-  
strophe hereinbrechen sieht, beeilt sich die GPU, ein „Kom-  
plot“ aufzudecken, um die Arbeiterschaft abzulenken. Die alt-  
bewährte Methode Schachty, der schon viele Hunderte  
von Menschen zum Opfer gefallen sind, deren Unschuld  
für jeden Nichtkommunisten außer Zweifel steht.

„Es wird noch viel zu wenig erschossen!“ hat kürzlich der  
Psychopath Mag Hölz im Sportpalast gebrüllt, der ähn-  
liche Blutorgien auch in „Sowjetdeutschland“ feiern möchte,  
zum Entsetzen der KP.D.-Oberkonzen, die seine Stimme durch  
Rot-Front-Kapellen übertönen ließen.

Je schlimmer mit dem Herannahen des Winters sich die  
Hungerkatastrophe in Sowjetrußland am Horizont zeichnet,  
desto mehr Menschen werden als Sündenböcke hinge-  
schlachtet. Alle diese „Konterrevolutionäre“, die natürlich  
sämtlich „geständig“ sind, waren, obwohl ehemalige Generale,  
Adlige usw., seit Jahren in den höchsten Sowjet-  
behörden beschäftigt, ohne daß man von ihrer angeblichen  
verbrecherischen Tätigkeit etwas merkte! Selbst wenn die  
unmögliche Darstellung wahr wäre, die den Stempel der  
Zweckflüge auf der Stirn trägt, so würde sie die stärkste An-  
lage gegen das Regime der sogenannten „Diktatur des Pro-  
letariats“ bilden, in der so etwas überhaupt möglich wäre.

Ist das nun genug des Blutes? Die „Prawda“ jagt  
Rein! Nach ihrer Darstellung sind die Erschossenen nur Werk-  
zeuge einer Oberleitung gewesen, gegen die das Verfahren  
noch schwebt. Die „Prawda“ nennt Sozialisten wie Grom-  
man und Basarow, Wissenschaftler wie die Professoren  
Tschajanow, Makarow, Kondratjew und  
Wischnewski.

Die besten Wirtschaftler und Statistiker Rußlands, die  
bis zum letzten Moment loyal mit der Sowjetmacht arbei-  
teten und die höchsten Posten im Sowjetapparat bekleideten,  
werden als Idioten und Leiter einer gegenrevolutionä-  
ren „Verschwörung der Schädlinge“ der Willkür der GPU  
preisgegeben! Man hat sie mit deutlicher Absicht in  
einen Topf mit ehemaligen Adligen und zaristischen Gene-  
ralen geworfen! Wie plump dieser Versuch ist, ein „Amal-  
gam“, ein Gemenge aus Sozialisten und Schädlingen, aus  
Revolutionären und Gegenrevolutionären zu bilden, ist  
daraus ersichtlich, daß vor kurzem die „Prawda“ ein „Amal-  
gam“ aus derselben Groman-Kondratjew-Gruppe und der  
kommunistischen Opposition herzustellen versuchte.



Das blutige Unternehmen ist nicht nur ein Abenteuermännchen für die hungernden und sich auflehrenden Arbeitermassen, sondern auch ein Schlag Stalins gegen seine rechtsoppositionellen Rivalen. Die Blüte der russischen Intelligenz, die ihr Leben und ihre Kenntnisse dem russischen arbeitenden Volke gewidmet hat, wird jetzt beschuldigt, wie es die „Prawda“ ausdrückt, „die Organisierung des Hungers“ und die „Zerrüttung der Lebensmittelversorgung vor allem der Arbeiterklasse“ sich zum Ziel gesetzt zu haben! Was die Folge der sinnlosen Agrarpolitik Stalins ist — die Ernährungs- und Hungersnot in den Städten —, wird auf die Rechnung der angeblichen Schädlinge gesetzt.

Die letzten Reste der unabhängigen sozialistischen und demokratischen Intelligenz Rußlands werden verleumdet und unter das Henkerbeil gestellt. Nur die Fässer in den Kellern der GPU, konnte solchen in den zaristischen Kerkern erprobten Revolutionären und Sozialisten wie Groman und Safarow „Geständnisse“ abzwängen. Mit Abscheu und Entsetzen wird jeder denkende europäische Arbeiter das Verfahren verfolgen, das in Sowjetrußland „im Namen des Proletariats und des Sozialismus“ gegen alle Sozialisten und Demokraten, gegen unschuldige Sowjetbeamte geübt wird.

Wiederum ist Blut geflossen. Aber Blut statt Brot kann die notleidenden Volksmassen nicht sattmachen. Wird es dem Alleinherrscher Stalin gelingen, durch „Aufdeckung von Komplotten“ und Hinrichtungen die Verantwortung von sich abzuwälzen? Die Utopie des „integralen Sozialismus“ in fünf Jahren muß scheitern, da sie den sozial-ökonomischen Bedingungen Rußlands aufs schärfste widerspricht. So ist es kein Zufall, daß der Stalinsche Zahlenrausch im Blut- und Throneinsatz mündet. Der Thronfolger Lenins scheint den berühmten Ausspruch seines Meisters vergessen zu haben: „Die Klassen kann man nicht täuschen.“

Und die Geschichte auch nicht!

### Die Liste der Ermordeten.

Ein in später Nachtstunde eingetroffenes Moskauer Telegramm gibt die Liste der Erschossenen folgendermaßen an:

Kajanew, Karagin, Kirschenko, Baronski, Petrow, Kuranow, Urow, Wolschelnikow, Estrin, Karik, Lewandowski, Boissoschnikow, Karpin, Ginsburga, Drasow, Bin, Sokolow, Sotolow, Wend, Kurowski, Wisjun, Solowkin, Beresnew, Wikowski, Jeserski, Fischen, Fischen, Archibudew, Jergomyn, Tolonew, Scharow, Kojatow, Scherbakow, Rubinschtein, Wol, Lofstow, Karnow, Abdulajew, Rosenber, Brailowski, Kostow, Romanowski, Danciger, Polenew, Roganow, Schapolschnikow, Brjuschew, Nikitin.

Die Erschießungen sind am gestrigen Mittwoch vorgenommen worden. Die Erschossenen sollen noch „Geständnisse“ abgelegt haben, die von der „Prawda“ abgedruckt worden sind.

### Bauernflucht aus Sowjetrußland.

Warschau, 24. September. (Dz-Expresz.)

Wie die amtliche polnische Agentur meldet, hat der Zustrom der Bauern, die vor den Kollektivierungsmaßnahmen nach Polen fliehen, seit Anfang September wieder erheblich zugenommen. Über die russisch-polnische Grenze am Mittagebiet kommen im Durchschnitt 50 russische Bauern wöchentlich herüber, wo sie in Flüchtlingslagern untergebracht werden. Die Flüchtlinge überschreiten die Grenze stets in der Nacht und suchen auch ihr Vieh auf polnisches Gebiet zu schaffen.

### Ausführungsgesetz zur Notverordnung. Der Gesetzentwurf an den Preussischen Staatsrat gegangen.

Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 nebst Begründung zugesandt mit der Bitte, die dringliche Äußerung des Staatsrats mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Vorlage möglichst bald herbeizuführen zu wollen. Dieser Gesetzentwurf zur Durchführung der Gemeindebesteuer, Gemeindegetränksteuer und Bürgersteuer umfaßt drei Artikel. Durch Artikel 2 wird der § 6 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes abgeändert. Am wichtigsten sind die Bestimmungen über die Bürgersteuer in Artikel 1, der nachstehend im Wortlaut folgt:

§ 1. Als Landeslag der Bürgersteuer werden die in § 5 des zweiten Abschnitts der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 bestimmten Mindestbeträge festgesetzt. In selbständigen Gebieten wird die Bürgersteuer nicht erhoben.

§ 2. Die Einführung der Bürgersteuer erfolgt durch Gemeindebeschluß. Der Beschluß bedarf der Genehmigung und Zustimmung. Auf die Genehmigung und Zustimmung finden die Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes Anwendung.

§ 3. (1) Wenn die Gemeinde einen Beschluß über die Höhe der Realsteuern gefaßt hat, der die Verpflichtung zur Einführung der Gemeindebesteuer, der Bürgersteuer oder beider Steuern zur Folge hat, ohne gleichzeitig die Einführung zu beschließen, oder wenn die Verpflichtung mangels rechtzeitiger Beschlußfassung eintritt, so kann die Aufsichtsbehörde mit Zustimmung der Beschlußbehörde diese Steuern einführen. Alsdann gilt für die Gemeindebesteuer die von dem Minister des Innern und dem Finanzminister festgesetzte Musterordnung als örtliche Steuerordnung bis zum Beginn des Monats, der auf die endgültige Beschlußfassung der Gemeinde über die Realsteuerveranschlagung für das nächste Rechnungsjahr oder deren Festsetzung durch die Aufsichtsbehörde folgt.

(2) In entsprechender Weise kann, soweit es zum Ausgleich des Haushalts der Gemeinde erforderlich ist, die Aufsichtsbehörde mit Zustimmung der Beschlußbehörde die Gemeindebesteuer, die Gemeindegetränksteuer und die Bürgersteuer oder einzelne dieser Steuern einführen.

§ 4. Wird mit einem Rechtsmittel gegen die Heranziehung zur Bürgersteuer lediglich die Verletzung landesrechtlicher Vorschriften geltend gemacht, so finden die Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes über die Rechtsmittel, die Rechtsmittelbehörden und das Rechtsmittelfahren Anwendung.

§ 5. Soweit die Heranziehung zur Bürgersteuer, ihre Erhebung und Beitreibung und das Verwaltungsverfahren den Gemeinden obliegt und wehrrechtliche Vorschriften nicht entgegenstehen, finden die Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes über direkte Steuern Anwendung.

Genosse Eduard Bernstein teilt uns mit, daß er die ihm von der „Kalen Jahne“ zugeschriebene Äußerung, man er zwischen Bolschewismus und Faschismus zu wählen habe, dann wähle er den Bolschewismus, niemals getan hat.

# Deutsche Abrüstungsforderungen.

## Schnellere Vorbereitung gewünscht.

Genf, 24. September.

Die deutsche Delegation wird im Abrüstungsausschuß folgende Entschliebung für die Vollversammlung einbringen: In dem ernstlichen Wunsch, daß der Völkerbund seine höchste Aufgabe, die der Abrüstung, endlich erfüllt, nimmt die Vollversammlung Kenntnis von dem Ergebnis der Londoner Flottenkonferenz und stellt fest, daß nach dieser Konferenz die Vorbereitende Abrüstungskommission, die bisher noch nicht zu einem positiven Ergebnis gekommen ist, für den 3. November einberufen wird. Sie drückt den Wunsch aus, daß die Vorbereitende Abrüstungskommission ihre Arbeiten bis Ende dieses Jahres beendet, und sie bittet den Rat, die allgemeine Abrüstungskonferenz so bald als möglich im Jahre 1931 einzuberufen.

### Weisse Salbe für die Minderheiten.

Genf, 24. September.

Der schweizerische Bundesrat Moita legte dem politischen Ausschuß der Völkerbundversammlung seinen Bericht über die Minderheitenfrage vor und ergänzte ihn ausführlich. In der anschließenden Besprechung erklärte sich Benesch (Tschekoslowakei) mit dem Bericht einverstanden, fügte jedoch hinzu, daß er sich vorbehaltlos, gegebenenfalls eine Entscheidung des Haager Gerichtshofs über die Verfahrensfrage herbeizuführen. Dem schloß sich auch der jugoslawische Vertreter an.

Graf Bonin-Longare (Italien) machte einen Vorbehalt zu den Ausführungen des Berichts über die Verallgemeinerung der Minderheitenverträge. Er erklärte, daß diese Ausführungen, soweit sie den Wunsch nach Erhebung des Minderheitenproblems auf eine höhere Basis und eine Empfehlung an die Regierungen zur Beachtung der humanitären und kulturellen Gesichtspunkte der Minderheitenfrage darstellte, von der italienischen Delegation gebilligt würden. Diese könne jedoch darin

### Keine Verpflichtung zum Eingehen von Minderheitenverträgen oder eine Einladung zu Erörterungen hierüber

in diesen Ausführungen erblicken, da eine derartige Auslegung tiefergehende Änderungen in den gegenwärtigen Verhältnissen Europas herbeizuführen würde.

Die Vertreter Polens und Rumäniens schlossen sich den Vorbehalten Beneschs in der Verfahrensfrage an, während Spanien sich mit der Interpretation einverstanden erklärte, die der italienische Delegierte über die Erweiterung des Minderheitenschutzes gegeben hatte.

Rironescu-Rumänien erklärte, er teile nicht die Ansicht, daß wir uns in einer Evolution befänden. Der Bericht dürfe nicht dahin ausgelegt werden, daß er neue Verpflichtungen auferlege.

Bundesrat Moita erklärte, daß die Zustimmung zu dem Bericht auf keinen Fall eine Änderung der Rechtslage der gegenwärtigen Verhältnisse herbeizuführen.

### Reichsaußenminister Dr. Curtius

führte aus: Die Rechtslage ist völlig klar; an ihr wird durch den Bericht nichts geändert. Wenn die Ausführungen des rumänischen Vertreters den Sinn haben, daß das Maximum der Änderungsmöglichkeiten des ursprünglichen Zustandes erreicht worden sei, so bedauere ich, dem nicht zustimmen zu können. Durch die Entwicklung sind wir gezwungen gewesen, die Mitglieder Beschlüsse zu fassen.

Wir können nicht sagen, ob die Weiterentwicklung uns nicht nötigen wird, noch weitere Änderungen vorzunehmen.

Wir sind der Meinung, daß die Entwicklung nicht still steht, und daß die Zukunft die Entscheidung darüber bringen wird, ob das Verfahren den Verpflichtungen des Völkerbundes genügt.

### Briand

suchte sodann durch eine Berichtigung der Frage der Ausdehnung der Minderheitenverträge auf alle Staaten mit der Frage der allgemeinen Grundzüge bei Durchführung der Minderheitenverträge den Ausschuß davon zu überzeugen, daß eine Wiederholung der allgemeinen Aussprache über die Minderheitenfrage auf einer künftigen Tagung der Völkerbundversammlung nicht nur unerwünscht, sondern rechtlich unzulässig sei. Er hoffe, daß es nicht wieder zu einer Aussprache wie der jetzigen kommen werde,

## Der Konflikt in Wien.

### Wehrminister Vaugoin tritt zurück.

Wien, 24. September.

Wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, hat im Verlaufe des heutigen Ministerrats Vizkanzler Vaugoin seine Demission gegeben. Der Ministerrat hat folgenden Verlauf genommen: Die laufenden Angelegenheiten, die auf der Tagesordnung standen, waren rasch erledigt und die Beratungen über die innerpolitische Lage und die Situation der Regierung auf Grund des vorliegenden Demissionsangebots des Handelsministers Dr. Schuster eingeleitet.

Die Auseinandersetzung über das Thema Bundesbahnen und die im Verlaufe der letzten Zeit erfolgten Publikationen seitens der Mitglieder der Regierung gestaltete sich so, daß eine Vereinigung der Differenzen wenig aussichtsreich erschien. Schließlich erklärte Vizkanzler Vaugoin, daß ihm weitere Erörterungen überflüssig erschienen. Nach seiner Auffassung sei ihm ein weiteres Zusammenarbeiten mit Bundeskanzler Dr. Schöber nicht möglich, weshalb er seine Stelle als Vizkanzler und Heeresminister zur Verfügung stelle.

Bundeskanzler Dr. Schöber behielt sich die Entscheidung über die Rücktrittserklärung des Vizkanzlers vor, worauf der Ministerrat auf morgen vertagt wurde. Morgen wird Landwirtschaftsminister Födermayr, der ebenfalls der Christlich-sozialen Partei angehört, gemäß dem Beschluß der Christlich-sozialen Vereinigung ebenfalls seine Demission geben.

In parlamentarischen Kreisen zweifelt man nicht daran, daß Vizkanzler Vaugoin durch seine Demission alle weiteren Erörterungen über die zurückliegenden Ereignisse abbrechen und eine

denn es sei unmöglich, sich über diese Fragen endgültig zu einigen.

Einer allgemeinen Erörterung des Minderheitenproblems werde Frankreich sofort die Frage der Zuständigkeit entgegenstellen, denn sie sei mit dem geltenden internationalen Recht und den geltenden Verträgen nicht zu vereinbaren.

Briand beantragte, daß in das Protokoll die Erklärung aufgenommen werde, daß er aus den angegebenen Gründen hoffe, das Problem in seiner Allgemeinheit nicht mehr vor dem Völkerbund aufzuwerfen. — Kypioni-Ungarn polemisierte gegen diese Ausführungen. Vorher hatte Burton-England seine Bemerkung über die große Anzahl von Vorbehalten ausgesprochen. Wollten die Delegierten damit bekunden, daß sie nicht mit jedem Wort des Berichts einverstanden seien?

Dann müsse er als Vertreter Englands sagen, daß er bei der Zustimmung zu dem Bericht große Opfer gebracht habe.

Alle Delegierten seien in der gleichen Lage und er beglückwünsche sie dazu, daß sie den sehr begrüßenswerten Bericht annehmen, ohne zu sagen, was sie daran auszuwählen hätten.

Der Bulgarer erklärte sich mit dem Bericht vollinhaltlich einverstanden, während der Albanier die Einführung einer Bezugnahme auf die bei verschiedenen Minderheiten bestehende Unzufriedenheit wünschte.

Schließlich wurde der Bericht einstimmig angenommen.

Der Norweger Lange hatte vorher eine Entschliebung vorgelegt, die in allgemeinen Worten die Erwartung ausdrückt, daß man in diesem Jahr die Ausschubarbeit beende, damit im nächsten Jahr die Abrüstungskonferenz abgehalten werden könne.

### Graf Bernstorff-Deutschland

hatte darauf erwidert, bevor ihm die Entschliebung des Norwegers bekannt war, hätte er eine energisierendere Resolution eingubringen beabsichtigt. Nun müsse er lediglich diese Entschliebung auslegen und die energisierendere Vorbehalte Deutschlands zur Kenntnis bringen. Seit fünf Jahren sei in der vorbereitenden Abrüstungskommission beraten, aber nichts erreicht worden.

Die deutsche Regierung könne nicht weiter die Verantwortung übernehmen für ein weiteres Hinausschieben aller Arbeiten.

Deshalb müsse Deutschland verlangen, daß die Kommission ihre Arbeiten endlich nach in diesem Jahre abschleße und im nächsten Jahre so früh als möglich die Abrüstungskonferenz einberufen werde. Die deutsche Regierung könne es auch nicht als selbstverständlich anerkennen, daß irgend etwas geschehen sei, wenn nicht die Verminderung aller Kategorien der Bewaffnung wirklich als Erfolg der nächsten Tagung eintreten sollte. Deutschland bestche darauf, daß ein praktisches Ergebnis erreicht werde. Seit zehn Jahren arbeite der Völkerbund an der Abrüstung, sie sei jetzt wieder von Henderson als die größte Frage des Völkerbundes bezeichnet worden.

Die Milder verlangten eine energische Abrüstung und sie trauen mit der unendlichen Geduld des Völkerbundes nicht zuzurufen.

Poliffs-Griechenland, der Botschafter, sagte, die Abrüstung könne nicht als wichtigste Aufgabe des Völkerbundes bezeichnet werden. Lord Cecil-England unterstützte die deutsche Erklärung sehr energisch. Andererseits aber habe er mit großer Freude die Forderung nach baldigen Resultaten in dem Bericht des Berichterstatters gesehen. Nur wenige Mitglieder der Kommission könnten anerkennen, daß, wie der deutsche Vertreter ausgeführt habe, bisher nichts erreicht worden sei.

### Völkerbundsrat und Nemeibeschwerden.

Genf, 24. September.

Der Völkerbundsrat hat heute normittag in einer geheimen Sitzung zu dem Antrag der deutschen Regierung, die Nemeibeschwerden auf die Tagesordnung des Rates zu setzen, Stellung genommen. Er hat ein Komitee, bestehend aus den Vertretern Italiens, Venezuelas und Irlands, mit der Prüfung der juristischen Seite der Frage beauftragt. Dem Komitee gehören als Parteivertreter Ministerialdirektor Dr. Gauss und der litauische Gesandte in Berlin an. Das Komitee hat festzustellen, ob der deutsche Antrag in der vorliegenden Form für die Behandlung durch den Rat zulässig ist. Die Litauer bestritten die Zulässigkeit und stützten ihre Einwände auf ein juristisches Gutachten vom 16. September 1926. Der deutsche Vertreter hat im Rat nachgemeldet, daß die deutsche Regierung sich vollkommen an dieses genannte Gutachten bei ihrem Verfahren gehalten hat. Das Komitee ist sofort nach der Ratssitzung zusammengetreten. Man erwartet, daß es seinen Bericht in kürzester Zeit dem Rate vorlegen wird.

rasche Wendung in der innenpolitischen Situation herbeizuführen wollte.

Über Voraussicht noch wird der morgige Ministerrat nach dem Versuch unternehmen, den Vizkanzler umzustimmen.

Wie man aus der Umgebung des Vizkanzlers hört, haben alle diese Bemühungen wenig Aussicht auf Erfolg. Heute hat auch der Präsident der Verwaltungskommission der Bundesbahnen, Dr. Föhmann, sein Mandat, das am 30. d. M. abläuft, zur Verfügung gestellt.

## Unverbesserliche Heher.

### Krawall gegen einen Tonfilm.

Prag, 24. September. (Eigenbericht.)

Am Dienstagabend sammelten sich etwa 300 junge Leute vor einem Kino an, in dem bereits vor einigen Tagen gegen den dort gespielten deutschen Tonfilm demonstriert wurde. Sie versuchten, in das Kino einzudringen, wurden aber von der Polizei daran gehindert. Als die Menge immer größer wurde, kam Polizeieinstellung und ging energisch vor. Die Leute sammelten sich aber wieder, warteten vor dem Kino bis zum Schluß der Vorstellung, brachen dann in Schmährufe aus und zogen lärmend und singend über den Banzelplatz. Die Demonstration dauerte bis gegen Mitternacht.

Die Demonstrationen sind die Folgen der chauvinistischen Hehe der Organe der Kramarsch-Partei (Nationaldemokraten) gegen die deutschen Tonfilme, die in Prag sehr beliebt sind. In einem anderen Prager Kino wird bereits die 17. Woche vor ausverkauften Häusern „Zwei Herzen im Dreivierteltakt“ gespielt.



# Zwischenfälle im Leipziger Prozeß.

## Pfeffer zwangsweise vorgeführt. — Das Gespräch im Gefängnishof.

Im weiteren Verlauf des Leipziger Reichswehrprozesses wurde als erster militärischer Zeuge Oberleutnant Friedrich Geist von der 8. Batterie des Artillerieregiments 5 in Ludwigsburg vernommen. Der Zeuge schilderte, wie Scheringer sich mit ihm eingehend über Weltanschauungsfragen unterhalten habe, wobei er einen starken Radikalismus entwidelt hätte. Da er selbst schon viel durchgemacht hätte, habe er auf seinen jüngeren Kameraden beruhigend eingewirkt. Er habe unter anderem auf die römischen Prätorianergarden und die spanischen Offiziersvereine hingewiesen, die durch ihre Polittisierung zu einem ewigen Unruheherd im Staate geworden seien. Im übrigen mußte er feststellen, daß Scheringer absolut einseitig nach rechts orientiert war, so daß er ihm kameradschaftlich empfohlen habe, zur Erweiterung seines Gesichtskreises u. a. die „Frankfurter Zeitung“ zu lesen. Er habe Scheringer gegenüber auch keinen Zweifel gelassen, daß

er jeden festnehmen und den Vorgefetzten ausliefern würde, der mit der Absicht einer Aenderung bei der Reichswehr von unten nach oben zu ihm kommen würde.

**Bors:** Haben Sie auch besprochen, wie die Reichswehr sich bei der Aktion einzelner Parteien verhalten würde?

**Zeuge:** Diese Frage ist ja früher im Offizierkorps immer und immer wieder errätet worden, besonders beim Hitler-Putsch. Wir haben stets besprochen: Was tut man, wenn wir auf Volksgenossen schießen sollen?

**R.-L. Kameke:** Sie haben also unter sich die Frage zu hören versucht, was Sie tun sollten, wenn Sie gegen Rechtsparteien eingeseht würden?

**Zeuge:** Ich habe ausdrücklich nicht von Rechtsparteien gesprochen, sondern von Volksgenossen. Das ist doch wohl das Schwerste, was einen Offizier treffen kann, wenn er gezwungen werden soll, auf seine Volksgenossen zu schießen.

Im Anschluß daran wurde Hauptmann v. D. Gilbert vernommen, der frühere Vorgesetzte der beiden Angeklagten Lüdien und Scheringer. Der Zeuge stellte den beiden Angeklagten das beste Zeugnis aus. Scheringers Fehler sei jedoch, daß er sich zu viel mit Politik beschäftige. Scheringer habe des öfteren seine politischen Ansichten in einer sehr wirren Weise entwidelt. Er habe damals geäußert, daß es ihm persönlich unerträglich erscheine, einem System zu dienen, gegen das sich seine Ueberzeugung sträube. Er stehe auf nationalem Boden, Deutschland aber werde von pazifistischen Parteien regiert. Die Reichswehr könne infolgedessen sehr wohl einmal in die Lage geraten, auf Rechtsorganisationen schießen zu müssen. Dabei fragte er mich: „Herr Hauptmann, was würden Sie tun, wenn dieser Fall eintritt?“ Ich habe ihm geantwortet: „Blutenden Herzens, aber ich werde schießen, denn der Offizier muß gehorchen.“ Er fragte mich dann weiter, was werden müsse, wenn eine rechte Linkregierung aus Kuder läme und Severing Reichswehrminister werden würde. Ich erwiderte darauf: „Hoffentlich ist das nicht der Fall.“

**Bors:** Hat Scheringer schon damals bestimmte Richtlinien entwidelt?

**Zeuge:** Nein, keineswegs. Er hatte nur so eine Art, alles radikal auszusprechen. Ich hielt diese Art geradezu für gefährlich und habe ihm auch in einem Brief geschrieben, ich erblicke eine große Gefahr darin und

er müsse seinen Abschied einreichen.

wenn er nicht gehorchen könne. Ich habe übrigens dem Reichswehrministerium gegenüber immer die Ansicht vertreten, es wäre besser, wenn die jungen Offiziere und die Mannschaften politisch unterrichtet würden, allerdings stehe ich auch auf dem Standpunkt, daß sie sich politisch nicht betätigen dürfen. Im übrigen habe ich als Offizier die Erfahrung gemacht, daß gerade immer die tüchtigsten Offiziere Interesse für Politik gehabt haben, während die Bauern gleichgültig blieben.

Dann wurde Oberleutnant Höcker von der Ausbildungsbatterie des Artillerieregiments 6 in Hannover vernommen. Der Zeuge ist bereits 37 Jahre, hat seit 1909 von der Pike auf gedient und gehört zu den wenigen Offizieren, die als ehemalige Unteroffiziere heute noch in der Reichswehr dienen.

**Bors:** Hat Scheringer Ihre Stimmung zu erforschen gesucht?

**Zeuge:** Nein, die kannte er ganz genau. Ich stand von morgens bis abends auf dem Kasernenhof, alles andere ging mich nichts an.

**Bors:** Hat sich Scheringer mit Ihnen über politische Fragen in aller Heimlichkeit unterhalten, oder konnten das auch andere Leute hören?

**Zeuge:** Es wurde darüber im Kasino gesprochen, sogar in Gegenwart von Vorgesetzten.

**R.-L. Dr. Sad:** Sie kennen doch zahlreiche Offiziere der Armee? Denken viele so, wie Scheringer und Lüdien?

**Zeuge:** Unbedingt, namentlich die jüngeren Offiziere.

Dann folgte die sehr ausführliche Vernehmung des Oberstleutnants Ribbentrop vom Artillerieregiment 5, welcher zeitweise Kommandeur der drei Angeklagten gewesen ist. Die Angeklagten Scheringer und Lüdien bekommen als Soldaten und Vorgesetzte ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt, dagegen sei Wendt leichtsinnig und halblös gewesen. Er habe deswegen auch seinen Abschied erhalten. Auf die Frage eines Beisitzers erklärt der Zeuge, daß er den Offizieren jede politische Betätigung ausdrücklich verboten habe.

Hierauf trat die Mittagspause ein.

Zu Beginn der Nachmittags-sitzung wurde dann Hauptmann v. D. von Pfeffer, der inzwischen durch zwei Kriminalbeamte festgenommen worden war, dem Gericht vorgeführt. Bevor er jedoch vernommen werden konnte, erhob sich der Reichsanwalt

zu einer sensationellen Erklärung,

wobei er ausführte, der Oberstaatsanwalt in Leipzig habe ihn soeben informiert, daß ein Strafgefangener namens Bauer sich dem Staatsanwalt Michaelis hat melden lassen und ihm folgendes mitgeteilt habe: Bauer will am 30. September d. J. auf dem Hof des Gerichts ein Gespräch des Angeklagten Lüdien befehlen. Im Verlauf dieses Gesprächs soll Lüdien gesagt haben, daß im Oktober dieses Jahres ein Putsch bevorstehe und daß die Reichswehr mitmachen werde. Der Rechtspsuß werde dann voraussichtlich von einem Linksputsch abgetötet werden, so daß die große Auseinandersetzung bevorstehe.

**Lüdien:** Ich erkläre hiermit, daß ich niemals ein solches Gespräch geführt oder derartige Dinge gesagt habe.

**Reichsanwalt:** Ich beantrage den Strafgefangenen Bauer, sowie den Staatsanwalt Michaelis zu laden.

Nach kurzer Beratung des Senats verkündete der Vorsitzende, daß der Strafgefangene Bauer und Staatsanwalt Michaelis zum Donnerstagsvormittag um 11 Uhr geladen würden. Bei der nun folgenden Vernehmung des jetzigen Kommandeurs in Ulm, Oberst Bed., wirft der Vorsitzende die Frage auf, wie sich der Zeuge zu den Instruktionen Scheringers an seine Leute stelle. Scheringer habe in der Instruktionsstunde seine Leute über die Berufspflichten des Soldaten instruiert und hat sie dabei einen eigenen Zusatz auswendig lernen lassen, der davon spricht, daß die Reichswehr den Grundstock für die künftige Befreiungsarmee bilde und daß sie den Wehrgeanken im deutschen Volk fördern soll.

**Zeuge:** Das hat er selbständig getan, ich habe, daß ich das nicht gewußt habe. Das hätte ich ihm ganz gehörig ausgetrieben.

**Sachverständiger Major Thelßen:** Diese Handlungsweise Scheringers kann man nur als die Vermesstheit eines jungen Leutnants bezeichnen. Die Pflichten des Soldaten sind vom Herrn Reichspräsidenten scharf umrissen worden. Eine selbständige Abänderung dieser Bestimmungen ist so zu beurteilen, als ob

im Frieden ein junger Leutnant die Kriegsartikel selbständig abgändert hätte.

**R.-L. Dr. Sad:** Hätte das Reichswehrministerium den jungen Offizieren nicht besser Richtlinien geben sollen, wie sie ihren Leuten die Berufspflichten zu erläutern und vorzutragen hätten.

**Zeuge Oberst Bed:** Leutnant Lüdien hat sich einmal an mich gewandt und bat mich, mir einen Brief über das, was ihn bewegte, schreiben zu dürfen. Ich sagte Lüdien, er solle sein Herz ausschütten, habe aber leider niemals von ihm den angeforderten Brief bekommen.

**R.-L. Dr. Sad:** Ist es richtig, daß ebenso wie Sie, fast alle älteren Offiziere des Heeres sich darüber Sorgen machten, daß der Reichswehr, namentlich den jungen Leuten, ein Ideal fehlt, dem sie nachleben können.

**Zeuge:** Das ist richtig, ich habe mich vor geraumer Zeit darüber mit General Reinhardt ausführlich unterhalten und auch er empfand große Sorgen, gerade darüber, daß der Reichswehr der Schwung fehlt, um den Geist eines Mannes, der zwölf Jahre dienen soll, dauernd wach zu halten. Dieses Problem ist wahrhaftig nicht leicht zu lösen. Wir Führer beschäftigen uns, wie ich sagen darf, täglich damit.

**R.-L. Kameke:** Wie wirkte sich denn in Ihrem Offizierkorps die Differenz zwischen dem Möglichen und dem Ideal eines jungen Offiziers aus? **Zeuge:** Nach Möglichkeit bestimme ich der junge Offizier soviel Dienst, daß er höchstens abends sich über diese schwierige Frage Gedanken machen kann. Für den Vorgesetzten bleibt dann die schwierige Aufgabe, junge, temperamentvolle Leute so zu leiten, daß sie es nicht merken.

**R.-L. Kameke:** Ist es auch in anderen Truppenteilen so, daß innerhalb des Regiments die Stimmung der jungen Offiziere zu ihrem Kommandeur vertrauensvoll ist, daß aber diese Stimmung unter der obersten Führung leidet?

**Zeuge:** Ich habe nie gesagt, daß die Stimmung der jungen Offiziere unter der obersten Führung leidet.

**Bors:** So lasse ich die Frage auf keinen Fall zu.

**Zeuge:** Ich möchte aber doch sagen, daß mein Regiment absolut gehorcht hat und so ist es auch bei den anderen Truppenteilen. Bezüglich des Verbots der Beschäftigung mit Politik haben diese drei Herren hier nicht gehorcht, ich wünschte, daß ich früher davon Kenntnis erhalten hätte, dann hätte ich längst energisch eingegriffen.

Endlich kommt die mit Spannung erwartete Vernehmung des Herrn von Pfeffer. Seine Verteidigung wird ausgeführt. Widerwillig, fast böseartig, gibt er Antwort, er wirkt ziemlich lächerlich. **Bors:** Kennen Sie die drei Angeklagten? — **Zeuge:** Darf ich Sie mir ansehen? Herr von Pfeffer dreht sich nach der Anklagebank zu.

**Stolz hebt er den Arm zum Juchstingruß.**

was der Vorsitzende energisch rügt. Dem Gericht stellt sich der Zeuge als führende Persönlichkeit der RSDAP und „altes Franschwein“ vor. Die Angeklagten will er kennen, sich aber nicht an die Münchener Unterhandlung erinnern. Es wäre recht oft vorgekommen, daß sich Reichswehroffiziere bei ihm über die RSDAP

informiert hätten. Der Vorsitzende fragt nach dem Grunde des Interesses der Reichswehroffiziere für die nationalsozialistische Bewegung. Herr von Pfeffer antwortet: Eine Truppe braucht den Geist, den sie in Deutschland eben nur bei uns findet. Wir sind wefensverwandt mit der Reichswehr, wir stehen auf derselben Basis. Wenn Reichswehroffiziere zu mir kommen, so sage ich ihnen stets, daß es schwer ist, in der Republik ein Heer aufzustellen, das die Verteidigung des Volkes übernehmen soll. Es ist tatsächlich schwer, ein Heer in einem solchen Lande zu halten, das international, marxistisch und pazifistisch eingestellt ist. Das wird erst anders werden, wenn wir die Macht in den Händen haben. Die Herren müssen sich bis zu diesem Zeitpunkt eben behelfen.

Außerdem legen wir Wert darauf, daß wir später einmal die Reichswehr intact und ohne Zersetzung übernehmen.

Zum Schluß kam es noch zu einer äußerst heftigen Debatte zwischen dem Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Braune und den nationalsozialistischen Zeugen. Hauptmann v. D. Dr. Wagner erklärte, der Untersuchungsrichter hätte versucht, aus ihm mehr herauszufragen, als er hätte beantworten können. Dabei kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Hauptmann v. D. von Pfeffer und dem Untersuchungsrichter.

**Zeuge von Pfeffer:** Bei mir hat der Untersuchungsrichter auch von vornherein nach der Bildung nationalsozialistischer Zellen gefragt. Meine Vernehmung war allerdings sehr schwierig.

Ich sagte mal ja, mal nein, dann sagte ich lange wieder gar nichts. Ich war eben böswillig und habe nicht geantwortet.

**Bors:** Warum denn nicht?

**Zeuge:** Ich dachte, daß der Untersuchungsrichter vom Staatsgerichtshof wäre.

**Bors:** Also Untersuchungsrichter des höchsten deutschen Gerichtshofes.

**Zeuge:** Ja, eben.

**Landgerichtsdirektor Braune:** Die Vernehmung des Herrn von Pfeffer spielte sich in Form ab, wie sie sonst unter ausgebildeten Personen nicht üblich sind.

**v. Pfeffer (lachend):** Das stimmt.

**Bors:** Es scheint allerdings zu stimmen. Landgerichtsdirektor Braune blieb bei seiner Bekundung, daß er aus dem Zeugen nicht mehr herausgefragt habe, als sie geantwortet hätten, und daß er sich vor allem bemüht hätte, das Wort von der Zellenbildung, das ja von den kommunistischen Prozessen her genügend bekannt sei, nicht zuerst zu nennen.

Die Verhandlung wird sodann auf Donnerstag früh 9 Uhr vertagt.

## Der Sabotageprozeß mit USA.

### Deutsches Antwortplädoyer.

Haag, 24. September.

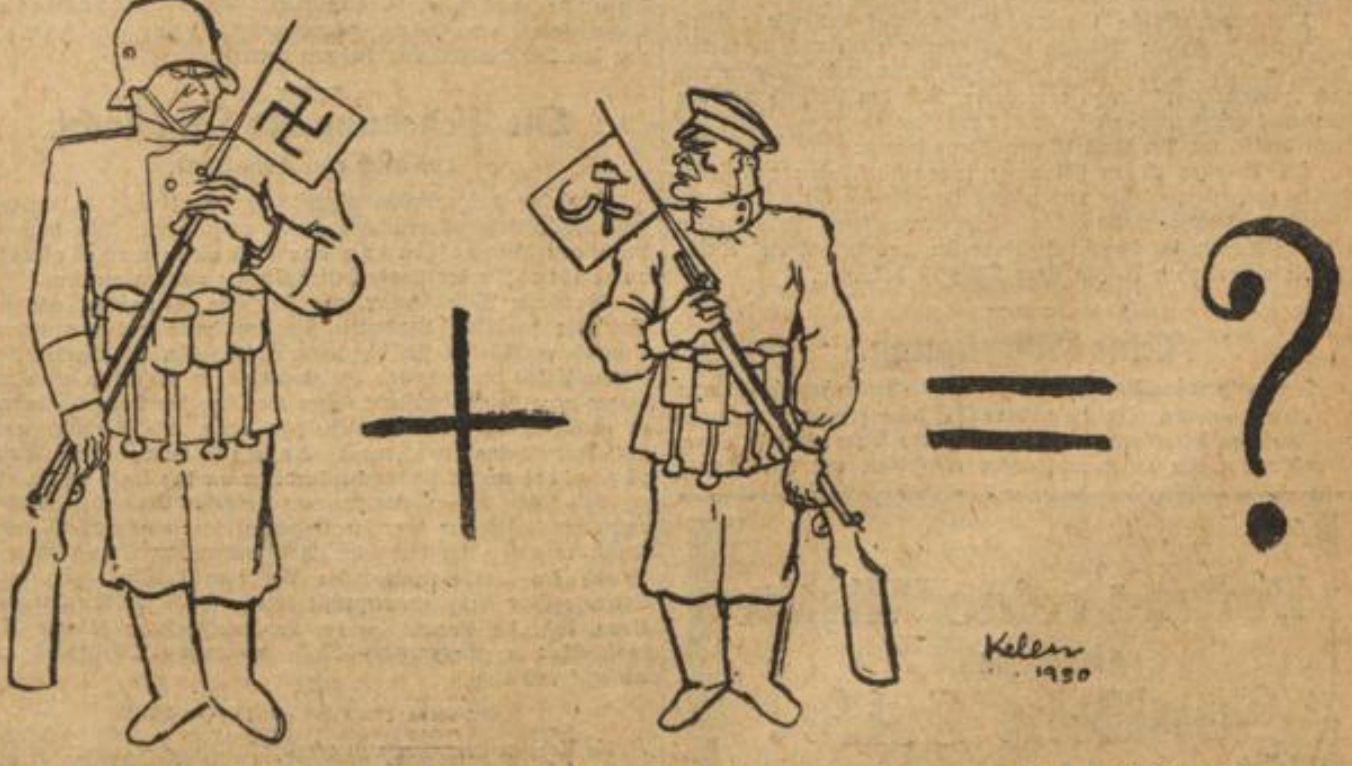
Zu der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission begann das Plädoyer der deutschen Staatsvertretung in den beiden sogenannten Sabotagefällen. Der deutsche Staatsvertreter, Generalanwaltschaft von Lewinski widerlegte zunächst die von dem amerikanischen Staatsvertreter in seinem vierseitigen Plädoyer aufgestellte Behauptung, daß die (kaiserlich!) deutsche Regierung während der Neutralitätsperiode der USA dort einen groß angelegten systematischen Sabotierfeldzug gegen amerikanisches Eigentum geführt habe. Er ging dann im einzelnen auf die zahlreichen Klagepunkte bezüglich der angeblichen Zerstörung des Bladom-Bahnhofs durch deutsche Agenten ein. Das deutsche Plädoyer wird in der morgigen Sitzung fortgesetzt und sich dann mit dem Beweismaterial in der Kingsland-Angelegenheit auseinandersetzen.

## Neuer Aufsichtsrat bei Allstein.

### Eintritt des Finanzministers v. D. Reinhold.

Wie der Verlag Allstein mitteilt, wird der demnächst stattfindenden Generalversammlung der Allstein-Aktiengesellschaft vorgeschlagen werden, den früheren Reichsminister der Finanzen Dr. Peter Reinhold in den Aufsichtsrat zu wählen. Reichsminister Dr. Reinhold ist außerdem als führender Mitarbeiter der „Börsischen Zeitung“ gewonnen.

## Das schwierige Exempel.



Warum sind die Börsen so aufgeregert? — Will sie diese Rechnung nicht auflösen können.







# Schwindelpartei am Pranger!

## Zusammenbruch einer Verleumdung. — Bolschewistenblatt hält den Rekord im Lügen. — Redakteur ist Kuli. — Denken verboten!

Das erweiterte Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte gestern den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“, Hauswirth, wegen Verleumdung und übler Nachrede gegenüber dem Genossen Franz Künstler zu 500 Mark Geldstrafe.

Dies der Tatbestand: Am Sonnabend, dem 25. Januar 1930, stand in großer Balkenüberschrift in dem Kommunistenblatt zu lesen: „Lodspiegel Künstlers Borarbeit zum Berliner SPD-Verbot, Antibolschewistische Lügenzentrale für die bürgerliche Presse.“ Das Blatt sprach dann von „zuverlässigen Informationen“ aus sozialdemokratischen Kreisen, wonach im Berliner sozialdemokratischen Bezirksbüro mit einem Verbot der SPD-Organisation bereits in den nächsten Wochen bestimmt gerechnet wird. Wieder sei Künstler derjenige, der die intensivsten Vorbereitungen für die Durchführung des Verbots getroffen hat. Auf seine und auf die Initiative Wittes sei eine besondere Kommission zur Diskreditierung der SPD in der öffentlichen Meinung, in den Gewerkschaften, Sport- und Freizeiterorganisationen eingesetzt. Es wurde von enger Zusammenarbeit mit Zörgiebels Polizeipräsidium gesprochen. Zum Schluß hieß es in Ton der „Roten Fahne“: „Diese schmutzigen Machenschaften des Lodspiegels Künstler und seiner Freunde kennzeichnen nicht nur den Grad der inneren Verfaultheit der sozialfaschistischen Führerelite, sondern sind auch ein Beweis für die Verzweiflungsstimmung der SPD-Bonzen“, deren Partei angeblich innerlich zerfällt. Zum Schluß wird gesagt: „Das revolutionäre Proletariat Berlin wird das Lodspiegelmanöver Künstlers durchkreuzen.“

In der Verhandlung sagte der Angeklagte aus, daß er keinerlei Veranlassung hatte, den Artikel nachzuprüfen. Er sei ihm vom Sekretariat der Kommunistischen Partei mitgeteilt worden, und er sei verpflichtet gewesen, diesen Artikel zu bringen.

Als Nebenkläger und Zeuge unter Eid vernommen, erklärte Genosse Franz Künstler: „Es hat niemals im sozialdemokratischen Berliner Bezirksbüro eine Sitzung stattgefunden, die sich mit einem bevorstehenden Verbot der Berliner SPD-Organisation beschäftigt hat. Es ist niemals eine Kommission eingesetzt zur Diskreditierung der SPD in der öffentlichen Meinung, in den Gewerkschaften oder anderswo. Es hat niemals eine Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidium gegeben, um die Kommunistische Partei zu bekämpfen.“

Richtig ist vielmehr, daß die Leiter der Berliner Sozialdemokratischen Partei sich bei jeder Gelegenheit, bei Unterhaltungen im Parlament oder in Parteikreisen, gegen ein Verbot der Kommunistischen Partei ausgesprochen haben.

Richtig ist, daß eine Kommission zur Diskreditierung der SPD nie eingesetzt ist und deshalb nicht eingesetzt zu werden braucht, weil diese Partei sich selbst diskreditiert. Richtig ist zum dritten, daß weder ich noch ein anderes Mitglied des Bezirksvorstandes jemals im Polizeipräsidium eine Besprechung über ein Verbot der Kommunistischen Partei gehabt hat.

Genosse Künstler überreichte dem Gericht ein Exemplar des „Vorwärts“, in dem seine einleitende Rede auf dem Bezirksparteitag der Berliner Sozialdemokratie steht. Hier warnt Künstler ausdrücklich davor, der Kommunistischen Partei den Gefallen eines Verbots zu erweisen. Vor Gericht fuhr Künstler fort: „Der Bezirksvorstand setzt sich aus 60 Personen zusammen. Ich kann alle 60 Mitglieder laden, um die Wahrheit meiner Aussage zu erhärten. Es ist nur mein Freund Wittke geladen, um als zweiter Vorsitzender unter Eid die Richtigkeit meiner Darstellung zu bestätigen. Ich

flüge nicht als Person, als Franz Künstler, denn die „Rote Fahne“ kann mich als Menschen nicht beleidigen.

Ich klage als Vorsitzender der Berliner Sozialdemokratie, der durch die „Rote Fahne“ der Vorwurf gemacht wurde, einen Lodspiegel als Führer zu haben.“

Genosse Karl Witte bestätigte als Zeuge die Aussagen Künstlers in vollem Umfange. Ergänzend führte er aus: „Wir Sozialdemokraten sind grundsätzlich Gegner des Verbots von Parteien und Organisationen. Doppelt und dreifach aber sind wir gegen ein Verbot der Kommunisten, weil nach unserer Ueberzeugung die Kommunisten auf die Dauer bei der Berliner Arbeiterkraft von selbst abwirtschaften und deshalb ein Verbot nur diesen Prozeß aufhalten könnte.“

Der vom Angeklagten geladene kommunistische Reichstagsabgeordnete Pief wußte zur Sache wenig zu sagen und versteckte sich hinter dem großen Unbekannten. „Das kommunistische Sekretariat erhielt sein Material für den Artikel von einem Vertrauensmann, der seinerseits das Material von einem Mitglied der Sozialdemokratischen Partei bekommen hat. Das Sekretariat, nicht ich als Person, leitete den Artikel an die Redaktion der „Roten Fahne“ weiter.“

Es besteht für die Redaktion die vertragliche Verpflichtung, Mitteilungen des Sekretariats zu veröffentlichen.“

Der Staatsanwalt beantragte in seinem Plädoyer 500 M. Geldstrafe. Die Beleidigung und die üble Nachrede seien um so schwerer zu werten, als durch die Beweisaufnahme auch nicht das geringste von den erhobenen Beschuldigungen übrig geblieben sei. Die Kennzeichnung als Lodspiegel werde unter den Angehörigen der Arbeiterklasse als Zeichen ganz besonderer Minderwertigkeit angesehen. Deshalb müsse, wenn dieser Vorwurf in so verantwortungsloser Weise erhoben werde, eine Verurteilung aus §§ 185 und 186 erfolgen. Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Genosse Otto Landsberg, schloß sich in kurzen Ausführungen dem Staatsanwalt an. Der Verteidiger des Angeklagten stellte die These

auf, daß man in der Politik mit schlagkräftigen Zeilen arbeite und daß Künstler eine „seltsame Ueberempfindlichkeit“ zeige. Genosse Landsberg erwiderte ihm, daß eine Klage wegen des gemeinen Vorwurfs der Lodspiegelerei, die in der Arbeiterkraft als schimpfliches Verbrechen gelte, wirklich nicht für Ueberempfindlichkeit zeuge.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts zu 500 M. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung heißt es: „Von der Anschuldigung, die von der „Roten Fahne“ gegen den Nebenkläger erhoben wurde, ist aber auch nichts erwiesen.“

Alles, was von der „Roten Fahne“ behauptet wurde, ist unrichtig.

Die Verurteilung mußte aus §§ 185 und 186 erfolgen, denn der Schuldspruch § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) konnte deshalb dem Angeklagten nicht zugewilligt werden, weil er leichtfertig seine Beschuldigungen erhob und jene Gewissenhaftigkeit vermissen ließ, die von jedem Redakteur verlangt werden muß. Er hat die aus dreiter und vierter Hand kommenden Beschuldigungen nachzuprüfen nicht für nötig befunden. Sein Einwand, es bestände ein bindendes Abkommen zwischen Parteisekretariat und Parteiorgan zu einem Veröffentlichungszwang, ist unerheblich. Ebenso gut könne ja ein Dieb auftreten und sagen, es sei ihm von höherer Stelle zu stehen befohlen. Dem Kläger wird die Publikationsbefugnis im „Vorwärts“ und in der „Roten Fahne“ zugesprochen. Die Platten werden vernichtet.“

Daß der Genosse Künstler in dem Prozeß obliegen würde und daß die Behauptungen der „Roten Fahne“ jeden Grundes entbehren, war für jeden denkenden Berliner Arbeiter selbstverständlich. Darüber hinaus aber ist interessant, daß ein Redakteur der „Roten Fahne“ kein selbsttätig arbeitender Parteigenosse, sondern ein Kuli ist, der die Befehle der vorgelegten Parteinstanz auszuführen hat, ohne sie nachprüfen zu dürfen.

# Von Ratten zerfressen . . .

## Grauenhafter Fund im Keller. — Eine Leiche unter alten Kisten. Vom Freund umgebracht und versteckt. — Selbstmord des Täters.

Einen grauenhaften Fund machte gestern ein Bewohner des Hauses Annenstraße 23. Er entdeckte in einer abgelegenen Ecke des Kellers unter einer großen Kiste die stark verweste Leiche eines Mannes und meldete sofort, ohne etwas berührt zu haben, die Kriminalpolizei in Kenntnis. Wenn nicht alles täuscht, so ist der Tote im Keller der seit dem 7. Juni als vermißt gemeldete 25 Jahre alte Schneider Laurin.

Das Haus Annenstraße 23 ist eines der ältesten Gebäude in Berlin. Es hat weitverzweigte schmale und niedrige Kellergänge, in denen elektrisches Licht noch unbekannt ist. An einem Ende verbreitert sich der Kellerraum und an dieser Stelle wurden früher die Kisten aufgeschichtet. Seit Anfang 1930 hat aber niemand mehr den Ort betreten. Nur ein Stapel leerer Kisten verschiedener

Größen war dort noch, für den aber zunächst niemand Verwendung oder Interesse hatte. Am Mittwoch wollte ein Bewohner des Hauses ausziehen und benötigte Kisten zum Verpacken. Niemand hatte etwas dagegen, daß er das heruntergefallene Gerümpel im Keller durchstöberte und nach Kisten suchte. Als er in dem breiteren Kellerende eine Kiste anhub,

lah er zu seinem Entsetzen die halbverdorrene Hand eines Mannes heraustagen.

Der Mieter ließ alles stehen und kamte noch dem nächsten Polizeirevier, wo er Mitteilung von seinem Funde machte. Der Zustand der Leiche, die seit mehr als einem Vierteljahr in dem engen Versteck gelegen haben muß und von Ratten stark zerfressen ist,

# SINCLAIR LEWIS DER ERWERB ROMAN

Lina hatte gewartet, bis Herr Sidney mit seiner Suppe und seinem Filet mignon zu Ende war. Sie sprach rüchhaltslos, beinahe streng. Sie öffnete ihr neues, silbernes Handtäschchen, zog eine tadellos maschinengeschriebene Liste hervor, und während er sie verwundert anstarrte, las sie ihm die speziellen Wünsche jedes einzelnen Hotels vor, ihre jeweiligen Vorschläge zur Beseitigung der Uebel, und ihre allgemeinen Ideen über gute Hotels, mit wenigen Spiznapfen, größerer Originalität und einem eigenen Raum, in dem sich Geschäfte treiben an einem regnerischen Sonntag zu Hause fühlen könnten.

„Und schließlich wissen Sie so gut wie ich,“ schloß sie zusammenfassend, „daß das Ideal jedes Hotelbesitzers ein Haus ist, zu dem die Gäste am Sonnabend abend sechzig Meilen weit fahren, um ihren Sonntag dort zu verbringen. Befolgen Sie meine Vorschläge, und Sie werden sehen, daß Sie diese Art von Hotels haben werden. Außerdem werden Sie dadurch auch das weibliche Publikum anlocken, und die anjähliche Bevölkerung wird Ihr Hotel besuchen, wenn man zu Hause gerade keine Köchin hat, oder die Frau verreist ist, oder ein Festessen gegeben werden soll.“

„Die Sache klingt so, als ob sie nicht ganz unmöglich wäre,“ sagte Herr Sidney, als Lina innhielt, um Atem zu schöpfen nach dieser leidenschaftlichsten Rede ihres ganzen Lebens.

Dann stürzte sie sich nochmals hinein: „Also, der Kernpunkt der ganzen Geschichte ist natürlich, daß ich oberster Leiter eines bestimmten Ressorts bei der White-Line werde — Lebensmittelversorgung, Personalüberwachung, Ausstattung und so weiter. In den finanziellen Teil der Sache will ich mich nicht einmischen, und den Einkauf können wir gemeinschaftlich bestimmen. Sie wissen ja, daß es die Frauen sind, die ein Heim wohnlich machen;

warum nicht auch für Männer, die auf der Reise sind? . . . Ich bin Vertreterin der Firma Truag u. Fein — verkaufe direkt an Kunden und habe sechs weibliche Hilfskräfte unter mir. Ich kann Ihnen meine Verkaufsabläufe zeigen. Ich war Sekretärin bei einem Architekten und habe auch ein wenig Architektur studiert. Hatte auch noch eine ganze Reihe anderer Posten. Nehmen Sie also, bitte, meine Vorschläge da mit nach Hause und überprüfen Sie die Sache ein wenig eingehender, besprechen Sie sie auch mit Ihrem Kompagnon, und dann wollen wir mit der Zeit von einer Stelle für mich in Ihrer Firma reden.“

Sie verließ ihn so schnell sie konnte, kehrte ins Büro zurück und wurde nach einem Weintrampf wieder die alte schüchterne Lina.

5.

Die Unterhandlungen zwischen Lina und Herrn Sidney und seinem Partner waren langwierig. Sie wollten gern ihre Hotels von ihr einrichten lassen — und doch hatten sie noch nie eine solche Mihilistenidee gehört, wie etwa: ein richtiges Hotelbüro zu haben, ohne das übliche Stehpult darin. Sie brauchten Lina, und waren sich nicht ganz klar darüber, ob sie, solange die Sache sich noch in diesem Stadium befand, die Gehaltspejen vergrößern könnten.

Inzwischen verkaufte Lina Baugründe und studierte den ökonomischen Einkauf für den Hotelbedarf. Sie war jederzeit bereit, mit Herrn Sidney und seinem Kompagnon Mittagessen zu gehen — aber das waren stets nur kurze Zusammenkünfte. Sie habe viel zu tun, sagte sie, und keine Zeit, gelegentlich einmal im Büro der Herren vorzusprechen. Als Herr Sidney einmal versuchte, ihre Hand in der seinen zu halten (nicht ernstlich, sondern aus dem geschäftlichen Prinzip, niemals eine Möglichkeit zu veräumen), sagte sie abweisend: „Bitte, lassen Sie das. — wir wollen uns Zeit und Unannehmlichkeiten ersparen und von vornherein darüber klar sein, daß ich das bin, was Sie vermutlich eine „anständige Frau“ nennen.“ Er bat um Entschuldigung und versicherte ihr, daß er sie schon immer für „ne erstarrige, wirkliche Dame“ gehalten habe.

Die einfache Verbethel, die sie an Schwirz so abgestoßen hatte, interessierte sie an Herrn Sidney. Sie verstand es nun besser, mit Menschen umzugehen. Diese vier Typen von Geschäftsmännern, die sie näher kennengelernt hatte, mit-

einander zu vergleichen, hatte etwas Faszinierendes, — diese vier Männer, die sich nicht sehr voneinander unterschieden hätten, sähe man sie in einem Straßenbahnwagen nebeneinander sitzen, und die doch sehr verschieden für den waren, der mit ihnen arbeitete: Schwirz, der Schwerfällige; Troy Wilkins, der Schreier; Truag, der höfliche Wimmerer, und Bob Sidney, der Zauberer.

Die Unterhandlungen schienen zu keinem Ergebnis zu führen.

Dann, ganz unerwartet, rief Bob Sidney sie eines Abends in ihrer Wohnung an: „Mein Kompagnon und ich haben uns soeben entschlossen, Sie zu engagieren, wenn Sie mit dreitausendachthundert im Jahr einverstanden sind.“

Lina hatte an Gehalt gar nicht gedacht. Sie hätte die neue Stelle, die ihr ein selbständiges, schöpferisches Arbeiten ermöglichte, auch gerne um dreitausendzweihundert, ihr gegenwärtiges Gehalt, angenommen. Doch sie bewies ihre neuerworbene Tüchtigkeit und verlangte:

„Dreitausendzweihundert.“

„Ja, teilen wir die Differenz und sagen wir viertausend fürs erste Jahr.“

„Einverstanden!“

Lina stand in der Mitte des Zimmers. Sie hatte Erfolg in ihrem Berufsleben. Und nun wurde ihr bewußt, daß sie jemanden brauche, mit dem sie die freudigen Nachrichten genießen könnte.

Sie setzte sich nieder und dachte an den beinahe ver-gessenen Plan, ein Kind zu adoptieren.

6.

Herr Sidney hatte bei seiner telefonischen Mitteilung auch vorgeschlagen: „Kommen Sie morgen ins Büro, damit wir Sie hier bekannt machen können. Wir haben hier keinen sehr großen Betrieb, wie Sie wissen, aber doch ein paar Stenotypistinnen, brave Mädels, die darauf brennen, ihren neuen Vorgesetzten kennen zu lernen; und dann noch einen sehr geschickten Menschen aus dem Westen, den wir vielleicht als Hilfskraft und Reklamemann für Sie ausprobieren werden; und dann ist noch ein kleiner Laufjunge da, und das wäre so ziemlich alles. Also kommen Sie herüber, um Ihre Untergebenen zu begrüßen, wie die Leute sagen.“

(Schluß folgt.)



# Vor dem Urteil im Höhler-Prozess.

## Schluß der Beweisaufnahme. — Der Staatsanwalt hat das Wort.

Gestern wurde die Beweisaufnahme im Totschlagprozeß Wessel geschlossen. Heute früh um 9 Uhr beginnt das Plädoyer des Staatsanwalts.

Die gestrige Nachmittags-Sitzung war nur kurz. Als einer der letzten Zeugen wurde der Chauffeur Murawski vernommen, der das zur Flucht Ali Höhlers benutzte Auto des Angeklagten Theo Will an die tschechische Grenze gesteuert hat. Auf Befehl des Gerichts bleibt er unvereidigt. Die beiden Sachverständigen, Unioersitätsprofessor Dr. Strauch und Medizinalrat Dr. von Mahrenholz, erklären in ihrem Gutachten, daß der horizontal abgegebene Schuß eine markständige Wunde in der Rundhöhle verursacht. Der Tod Wessels ist durch eine nachher hinzugekommene Blutvergiftung erfolgt. Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Die Abhaltung eines Lokaltersminis war vom Gericht schon vorher abgelehnt worden.

Der Vorsitzende des Schwurgerichts, Landgerichtsdirektor Dr. Toll, erläutert dann eingehend, zu den sieben Angeklagten sprechend, die rechtlichen Gesichtspunkte der Schuldfrage. Soweit es den Angeklagten möglich ist, mögen sie versuchen, Beweise für die Abwälzung der sie unter Umständen schwer treffenden Schuld beizubringen. Es könne nämlich nicht nur vorsätzliche Tötung, ein Delikt, auf das eine Mindeststrafe von fünf Jahren Zuchthaus steht, in Frage kommen, sondern in erster Linie

auch Landfriedensbruch, der bis zu zehn Jahren Zuchthaus bestraft wird. Weiter käme in Betracht eine Bestrafung wegen gemeinschaftlicher, gefährlicher Körperverletzung mit Todeserfolg (§§ 223, 226 des Strafgesetzbuches), der mit Zuchthaus oder Gefängnis nicht unter drei Jahren geahndet wird.

Schließlich wird sich das Gericht darüber schlüssig werden müssen, ob es nicht auf Raub erkannt.

Wenn der Räuber oder einer der Teilnehmer am Raube bei Begehung der Tat Waffen bei sich führt, ist auf Zuchthaus nicht unter fünf Jahren zu erkennen. Mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder gar mit lebenslänglichem Zuchthaus wird allerdings der bestraft, wer bei dem Raube einen Menschen gemartert oder durch ihn verübte Gewalt eine schwere Körperverletzung oder den Tod verursacht hat.

Die Verteidiger äußern sich zu diesen Ausführungen des Vorsitzenden nicht, lediglich der Anwalt Ali Höhlers, Dr. Apfel, erklärt, daß er auf Putschnotwehr bzw. fahrlässige Tötung verweisen wird. Unter Umständen käme auch nur Kaufhandel in Frage, wobei der Vorsitzende jedoch einräumt und feststellt, daß ein Kaufhandel denn doch wohl nicht vorliege.

Die heutige, den Plädoyers vorbereitende Sitzung — wird auf 9 Uhr festgesetzt. Als erster wird Staatsanwaltschaftsrat Dr. Fischer das Wort nehmen.

gestattet natürlich nicht, sofort Verletzungen irgendwelcher Art festzustellen.

Sowie man zunächst erkennen konnte, war die Leiche nur mit Hemd und Unterhose bekleidet. Das würde ebenfalls darauf hindeuten, daß der Tote der vermählte Schneider Otto Laurin ist. Bekanntlich war dieser bei einem Meister in der Berleberger Straße als Geselle tätig. Am Sonnabend vor Pfingsten wurde er von seinem Freunde, dem gleichaltrigen Theo Krause, der in der Annenstraße wohnte, auf die Straße hinausgebeten, und lehrte weder an seine Arbeitsstelle noch in seine Wohnung in der Dresdener Straße 77 zurück. Schon bald nach seinem Verschwinden, vier Tage später, fand man Theo Krause in einem Fabrikgebäude in der Cottbusstraße mit Gas vergiftet tot auf. Der Selbstmörder trug die Kleider des verschwundenen Laurin. Die Untersuchung in dieser dunklen, unheimlichen Norddämare führt Kriminalkommissar Bernburg. Hoffentlich gelingt es, Licht in diese entsetzliche Freundestragedie zu bringen.

## Sieben Dörfer verschüttet!

### Schweres Erdbeben in Rußland. — Bisher 175 Tote!

Moskau, 24. September.

Ein starkes Erdbeben zerstörte in der Nähe von Stalinsk in Tadshikistan sieben Dörfer völlig und beschädigte weitere zehn Dörfer erheblich. Bisher wurden 175 Tote und über 300 Verletzte festgestellt, etwa 1200 Familien sind obdachlos.

## 100000 Mark unterschlagen.

### Verfehlungen einer Buchhalterin.

Köln, 24. September.

Eine Buchhalterin, die schon seit 14 Jahren bei einer kleinen Firma tätig ist, wurde festgenommen, weil sie bei ihrer Firma seit Januar dieses Jahres Unterschlagungen in Höhe von 100000 Mark begangen hat. Der größte Teil des unterschlagenen Geldes wurde von der Buchhalterin an eine andere Frau weitergegeben, die von den erhaltenen Beträgen zwei Häuser, wertvolle Wohnungseinrichtungen, einen Kraftwagen und teure Schmuckstücke gekauft hat.

## Lehrmädchen begeht Selbstmord.

### Ein hartherziger Chef. — Der verlorene 50-Mark-Schein.

Selt über einer Woche wurde das 14jährige Lehrmädchen Anni Köhler, das bei seinen Eltern in der Georgenkirchstraße 19 wohnt, vermißt. Gestern nachmittag wurde die Mutter des Mädchens ins Leichenschauhaus gerufen, wo sie voller Entsetzen ihr Kind erkannte. Man hatte das Mädchen als Leiche aus der Spree gezogen.

Das Lehrmädchen war in einem Gardinenhaus in der Wallstraße beschäftigt. Vor acht Tagen mußte das Mädchen mehrere Potengänge machen und wurde auch von seinem Chef nach der Post geschickt, um dort Geldbeträge einzuzahlen. Auf dem Wege zur Post verlor das Mädchen einen 50-Mark-Schein und kehrte, als sie dies merkte, befüllt zu ihrem Geschäft zurück. Dort wurden ihr große Vorhaltungen gemacht, und schließlich verlangte der Chef, daß der Vater den Verlust erzeuge. Während das Mädchen, ihr eine Kollegin mitzugeben, weil sie Angst vor Strafe hatte. Dieser Wunsch wurde kurzweg abgelehnt. Darauf begab sich das Mädchen auf den Heimweg. Untermwegs muß aber die Angst das Mädchen zum Selbstmord getrieben haben.

## Die Jugend-Ausstellung in Neukölln.

### Ein Zwischenfall.

Von der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, der Sozialistischen Arbeiterjugend und den Jungsozialisten des Bezirks Neukölln wird gegenwärtig in der Drangerie des Körnerparks eine Ausstellung über sozialistische Jugendarbeit veranstaltet. Sie weist eine Reihe wichtiger Darstellungen über die Kulturarbeit der Jugendorganisationen auf. In der Abteilung der Arbeiterjugend haben sich leider einige Geschmackslosigkeiten eingeschlichen, die jedoch auf Anordnung der Zentrale der Kinderfreunde und der Bezirksleitung der SAJ sofort entfernt wurden, nachdem diese Stellen davon Kenntnis erhielten.

Anerkennung des Reichspräsidenten für englische Seeleute. Der Reichspräsident hat den Mitgliedern der Besatzung des Rettungsbootes „Lord Southborough“ in Margate Anerkennungsdiplome für die Hilfeleistung bei der Strandung des deutschen Dampfers „Hermann“ übermitteln lassen.

## Die Lüge

als bewußtes Kampfmittel benutzen, wie es die Kommunisten in den Tageszeitungen tun, ist keine Lüge, sondern eine verfluchte reale Notwendigkeit. Diesen Satz schrieb die „Rote Fahne“ am 19. August 1925! Der „Vorwärts“ hat dieses „Bekenntnis“ des Bolschewistenblattes bei früherer Gelegenheit bereits an den Berliner Anschlagssäulen plakatieren lassen.

### Das Lügenblatt entlarvt!

Wie sehr die kommunistischen Volksbetrüger diesem Leitsatz bis heute treu geblieben sind, zeigt die gestrige Verhandlung gegen die „Rote Fahne“, über die wir ausführlich berichten. Wieder einmal stehen die Schwindler entlarvt vor der Öffentlichkeit.

### Berliner Arbeiter

klärt eure kommunistischen Kollegen über die Kampfesart dieser Volksbetrüger auf! Fragt sie, ob sie ihr Vertrauen mißbrauchen lassen wollen von einer

## Partei der Lüge!

### Das Windmühlenflugzeug in Berlin.

Im Flughafen Tempelhof landete gestern kurz nach 18 Uhr das Windmühlenflugzeug des Spaniers de la Cierva, das von dem englischen Piloten Rawson gesteuert wurde. Die originale Maschine, die bereits vor einigen Jahren in Berlin gezeigt wurde und inzwischen verbessert worden ist, war gestern früh in London aufgestiegen und erreichte Berlin nach Zwischenlandungen in Köln, Hannover und Magdeburg. Die Landung auf dem Tempelhofer Feld, die allgemeines Aufsehen erregte, erfolgte, wie immer bei diesem Flugzeugtyp, durch senkrechtes Aufsteigen ohne Auslauf. Der Führer wurde von Direktor Wronsky von der Luftfahrt begrüßt. Er will mit seinem Windmühlenflugzeug voraussichtlich zwei Tage in Berlin bleiben.

### Die Verurteilung der Gebrüder Sah verworfen.

In dem Berufsprozess gegen die Brüder Erich und Franz Sah hat die 5. Strafkammer beim Landgericht I die Verurteilung gegen das Urteil erster Instanz verworfen, so daß es also bei der Strafe für jeden der beiden Brüder in Höhe von einem Monat Gefängnis bleibt.

MandolinKonzert in Köpenick. Im Restaurant „Hirschgarten“ in Hirschgarten feierte das Mandolin- und Violonchellorchester Köpenick 1918, Mitglied des D.M.B., sein 12. Stiftungsfest. Das vollbesetzte, etwa 50 Mann starke Mandolinorchester brachte ein reiches, ausgewähltes Programm zur Aufführung. Als Gaststar eine Festouvertüre von H. Wagner, dem tüchtigen Orchesterdirigenten, der es trefflich versteht, seine musikalische Mannschaft zu führen. Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß Menschen der Arbeit sich in ihren Feierstunden zu kultureller Fröhlichkeit zusammenfinden, die ihnen einen wirklichen Ausgleich für die nuchterne Schwere des Alltags schafft.

# Funkwinkel.

Der Deutschlandsender brachte als Uebersetzung aus Breslau ein Hörspiel „Von der Tragödie bis zur Revue“. Ritzige Volkstümlichkeit, Sentimentalität in Text und Musik wüßig umgeformt zur Komödie und von der Komödie zur Revue. Der Modeschmack, der zu allen Zeiten die Richtung der Unterhaltungsbühne bestimmt, wurde hier an einem einfachen und amüsanten Beispiel durch den Rufus gezogen. Der Verfasser des Spiels, Herr Ernst Schwaabach, der Komponist, Ernst August Bökel, der Spielleiter Dr. Franz Joseph Engel, der Dirigent Franz Marszalek und die Darsteller erwiesen ihren Sinn für Humor. — Von dem hervorragenden Symphoniekonzert, das Generalmusikdirektor Dr. Hermann Scherchen vor dem Berliner Mikrophon dirigierte, konnten nur Bruchstücke empfangen werden. — Gute, virtuoso ausgeführte Unterhaltungsmusik bot das russische Orchester unter Leitung von Boris Romanow. — Ueber die Frage: „Wie kehrt man mit der Preisentwertung?“ unterhielten sich Charlotte Mühsam-Werther, Vorsitzende der Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlin, und Marg Cohn-Reuch, Mitglied des Reichswirtschaftsrates. Wenn Frau Mühsam-Werther zwar den Preisabbau für notwendig hält, dabei aber die Preisentwertung für Markenartikel für weniger wichtig ansieht, weil entsprechende Artikel ja ohnedies im freien Handel zu haben sind, so ergibt sich doch die dringende Notwendigkeit, auch für diese Preisentwertungen ausser von ihr selbst anerkannten Tatsachen, daß sehr viele Hausfrauen Markenartikel bevorzugen, weil sie glauben, hier am besten Gewähr für gleichmäßige Qualität zu haben.

Beim Men erstickt. In einem Speisehaus in Essen ereignete sich ein sehr eigenartiger Unglücksfall. Einem Arzt, der an einem Tisch vorbeikommt, fiel das regellose Verhalten eines älteren Mannes auf, der die Gabel in der Hand, mit starrm Gesicht das Fleisch der Artz näher trat, mußte er feststellen, daß der Mann beim Gemü eines Fleischgerichtes erstickt war.

### Allgemeine Wetterlage.



Am Mittwoch herrschte in ganz Deutschland trockenes Wetter. Abgesehen vom Nordwesten war der Himmel größtenteils heiter. Die Temperaturen überschritten mittags vielfach 20 Grad. An der Südseite einer Depression, die nördlich von Schottland liegt, dringen jetzt etwas kühlere Luftmassen ostwärts vor. Wir dürfen bald in ihren Bereich kommen. Eine durchgreifende Wetteränderung wird aber voraussichtlich nicht eintreten, da die über Mitteleuropa befindliche Zone hohen Druckes den maßgebenden Einfluß auf unser Wetter behalten dürfte.

Wetter für Berlin: Vorübergehend stärkere Bewölkung, sonst ziemlich heiter, keine erheblichen Niederschläge, südwestliche bis westliche Winde. — Für Deutschland: In Schlesien und Ostpreußen Fortdauer des herrschenden beständigen Wetters; im übrigen Reich vorübergehend stärkere Bewölkung, sonst ziemlich heiter, nur im Nordwesten stellenweise etwas Niederschlag.

## Sport.

### Rennen zu Grünwald am Mittwoch, dem 24. September.

1. Rennen. 1. Sturm (H. v. Anhol), 2. Fern, 3. Die Saar. Toto: 23:10. Platz: 11, 14, 14:10. Ferner liefen: Gerwin, Sepp, Gullala, Empronia.
2. Rennen. 1. Arabida (Adler), 2. San Domenico, 3. Reiberg. Toto: 34:10. Platz: 13, 13, 16:10. Ferner liefen: Bihlode, Roemer, Nola, Wördenland, Hella, Spinelly, Nolduche.
3. Rennen. 1. Ramies (Arabida), 2. Galja, 3. Berenice. Toto: 77:10. Platz: 22, 18, 37:10. Ferner liefen: Wolan, Tassilo, Dimpasit, Konalls, Valtan, Manstein, Antonius.
4. Rennen. 1. Blumlaube (Wort), 2. Starke, 3. Stella. Toto: 65:10. Platz: 17, 14, 16:10. Ferner liefen: Rüt, Jirih (gef.), Strub, Creme de Menthe (gef.).
5. Rennen. 1. Heine (C. Rupprecht), 2. Nagina, 3. Borst. Toto: 63:10. Platz: 37, 49:10. Ferner liefen: Teutobad (gef.), Durr (ausgedr.), Analla (gef.).
6. Rennen. 1. Galan (M. Derfing), 2. Ladana, 3. Antonius, 4. Ragarikwus. Toto: 220:10. Platz: 17, 14, 16, 22:10. Ferner liefen: Patras, Damberr, Ellogabal, Von Doh, Hedopp, Wollmann, Baretra, Spala, Kamblosse, Sternland, Landball (gef.).
7. Rennen. 1. Liram (Grabich), 2. Gassenjunge, 3. Pellegrino. Toto: 29:10. Platz: 14, 15, 25:10. Ferner liefen: Wero, Kunter, Amerfoort, Jagdpassion, Kurzschub, Silenburg, Noira.

### Blumenspenden

Heute früh entschließ samt nach schweren Leiden an er innig geliebter Vater und Großvater, Bruder und Schwager

## Zahnarzt Rudolph Lazarus

Im Namen der Hinterbliebenen

Fritz und Gertrud Schönbeck

Rudolph Schönbeck

Berlin, den 22. September 1930.

Die Einäscherung findet am 26. September, 13 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt.

Von Beileidsbesuchen bitten wir absehen zu wollen.

### Krause-Pianos

zur Miete

W50, Ansbacherstr.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsmittglieder!

Am Freitag, den 26. September, feierliche Sitzung der Mittleren Verwaltung.

Sonnabend, den 27. September, abends 7 Uhr im Lokal „Schließliche Heim“, Neue Fehlbühnenstraße 1 (Nähe Jannowitzbrücke).

### Branchen-Versammlung

d. Autogen- u. Elektroschweißer sowie Schweißschneider

Tagungsordnung:

1. Vortrag: „Das Schweißen von Aluminium- und Graugußgütern in geschütztem Zustand“.

2. Verhandlungsgegenstände und Beschlüsse.

Ohne Mitgliedsbeitrag kein Zutritt!

### Achtung, Arbeiterinnen!

Die am Donnerstag, dem 25. September, einberufene Konferenz der weiblichen Vertrauensleute findet wegen des am gleichen Tage stattfindenden D.M.B.-Rinfertens am

Dienstag, dem 30. September, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandsbüros, Clinkerstr. 53/55, 2. Portal, 2 Treppen, statt.

Die Ortsverwaltung.

### Danksagung.

Für die uns anlässlich des Ablebens unseres lieben Vaters und Schwiegervaters

August Fellmann

erwiesene Anteilnahme lagert wir allen Beteiligten hierdurch unseren herzlichsten Dank

Berlin, den 22. September 1930.

50. Südweststr. 14.

Familie Fellmann.

Familie Uhring.

Familie Schmidt.

### Danksagung

Für die eifrige Teilnahme, die mir und meinen Kindern beim Ableben meines lieben Vaters

Flora Nanninger

hergebracht wurde, danke auf diesem Wege recht herzlich

Edwin Nanninger

Berlin-Charlottenburg

### Homöopathie

Leber und Nerven

Löser

Manstr. 9

Spez. Chron. Leiden

Apr. 10-2, 4-7











## Braunfohlenlegen.

### Riebeck Montan verbuchte 39 Millionen Gewinn als Unkosten.

Von der geradezu glänzenden Lage des deutschen Braunfohlenbergbaus legt der Geschäftsbericht der Riebeck'sche Montanwerke A. G., Halle, für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr 1929/1930 Zeugnis ab. Obwohl infolge des milden Winters 1929/1930 die Braunkohlenförderung um etwa 3 Proz. auf 7,72 Millionen Tonnen und die Bricketherstellung um etwa 2 Proz. auf 1,69 Millionen Tonnen zurückging, zeigt die finanzielle Entwicklung des Unternehmens ihren Weg nach oben fort. Wenn die Dividende mit 8,4 Proz. nicht besonders hoch ist, so muß man bedenken, daß die Dividende unabhängig vom Reingewinn festgesetzt wird und daß der ausgewiesene Gewinn (10,3 nach 9,5 Millionen Mark) mit dem wahren Uberschuß so gut wie gar nichts zu tun hat.

Seit 1926, nach dem Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns, ist nämlich die Riebeck Montan A. G. mit ihrem Hauptaktionär, der I. G. Farben (die 32 Proz. des Kapitals besitzt), durch einen Gemeinschaftsvertrag verbunden, wonach die Dividende der Riebeck Montan A. G. nicht höher als sechs Zehntel der I. G. Farben-Dividende sein darf. Da die I. G. Farben für das letzte Jahr 14 Proz. verteilt haben, konnte die Riebeck-Dividende nicht über 8,4 Proz. steigen (der nicht für Abschreibungen und Reserven benötigte Teil des Gewinns geht an die I. G. Farben). Seit April dieses Jahres dürfen die Aktionäre 1000 M. Riebeck-Aktien in 600 M. I. G. Farben-Aktien umtauschen, so daß der Gewinn-Teilungsvertrag allmählich zur völligen Fusion beider Unternehmen führen wird.

Unter den Aktiven sind zu nennen: Bergwerkseigen-

tum und Grundstücke mit 26 Millionen, Betriebs-, Maschinen- und Eisenbahnanlagen mit 35 Millionen, Schuldner mit 11,1 Millionen, Wertpapiere mit 8,6 Millionen; da die Warenbestände in diesem Jahre erheblich höher sind als im Vorjahre, so ist der Rückgang des eingesetzten Wertes von 3,66 Millionen auf 3,25 Millionen Mark der beste Beweis für die erhebliche Bildung von stillen Reserven.

Unter den Passiven sind beachtlich: Kapital mit 50 Millionen, Reserven mit 4,85 Millionen, Gläubiger mit 19,4 Millionen. Dieser letzte Betrag stellt aber nicht nur Schulden dar, sondern auch in ihm sind Rückstellungen verbucht: so z. B. 1,4 Millionen für Wertminderung fremder Grundstücke, auch eine „vorsorgliche“ Rückstellung (wie hoch?) für den zu erwartenden Verlust der landwirtschaftlichen Güter.

Ueber Unkostenkonto sind in Neuauflagen 3,33 Millionen, damit seit 1926 nicht weniger als 38,95 Millionen, gesteckt worden; das bedeutet eine Erhöhung der Aktien in vier Jahren um mehr als drei Viertel des Kapitals rein aus den Gewinnen! Die Abschreibungen wurden von 5,65 Millionen auf 5,87 Millionen erhöht; sie sind damit seit 1924/1925 (2,06 Millionen) auf fast das Dreifache gestiegen. Andererseits ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten von 10.823 (1924/1925) auf 7752 gesunken!

Erhöhte Gewinne, erhöhte Abschreibungen und Reserven, verminderte Belegschaftsziffer — und dann noch über Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zetern, kann nur ironischen Widerspruch wecken!

Neuregelung nur noch 653 000 Tonnen herstellen. Deutschlands Quote betrug bisher 1 237 000 Tonnen, die tatsächliche Produktion im Juli 906 000 Tonnen, es darf in Zukunft 1 033 000 Tonnen herstellen.

Es wird also alles davon abhängen, ob die französischen Werte eine so starke Einschränkung der Produktion vornehmen werden. Nach den bisherigen Erfahrungen ist die Wahrscheinlichkeit dafür nicht groß.

### Ausperrungen rächen sich.

#### Die Erfahrungen bei der Grünberger Wolle.

Die Textilindustrie ist durch die Weltkrise mit besonderer Acbt betroffen. Zwar bedeutet der scharfe Fall der Rohstoffpreise eine Kostensenkung; aber die Not der breiten Massen dokumentiert sich in einem so starken Konsumrückgang, daß der Einnahmeausfall trotz der Kostensenkung zu Verlusten führt.

Bei der Deutschen Wollwaren-Manufaktur A. G., Grünberg in Schl., liegen aber noch besondere Verhältnisse vor, die den Verlust des Jahres 1928 von 0,65 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 2,49 Millionen Mark steigen ließen. Im Gegensatz zu anderen Unternehmen hat die Deutsche Wolle A. G. seit der Inflationszeit schlecht gearbeitet, so daß also die Leitung ein gerütteltes Maß von Schuld trägt. Sehr wichtig ist aber auch, daß in Geschäftsjahr 1929 volle zwei Monate ausgefallen sind, während der die schließlichen Textilarbeiter ausgeperrt waren. Infolge der Ausperrung konnten die Lieferfristen nicht innegehalten werden, so daß Aufträge in beachtlichem Umfange rückgängig gemacht wurden. Ob den Herren Unternehmern diese Erfahrungen zur Lehre gereichen werden?

In der Bilanz erscheinen Gebäude mit 3,91 nach 4,09 Mill., Maschinen mit 1,5 nach 1,49 Mill.; Effekten gingen von 0,71 auf 0,5 Mill. zurück und Schuldner, dem Rückgang des Geschäftsumfanges entsprechend, von 3,96 auf 3,49 Millionen Mark. Die Bestände scheinen mit 3,64 (4,94) Millionen vorsichtig bewertet zu sein.

Um den auf 2,49 Millionen gestiegenen Verlust zu tilgen, will man das Kapital (6,5 Millionen) im Verhältnis 10:1 herabsetzen, wodurch ein Buchgewinn von 5,85 Millionen zur Tilgung des Verlustes und für energische Abschreibungen

erzielt würde. Weitere Mittel soll eine Wiedererhöhung des Kapitals auf 4,5 Millionen bringen — vielleicht wird man die neuen Aktien auch den Gläubigern zur Ablösung von Bankschulden geben, da man „die drückende Last der übergroßen Zinsverpflichtungen“ beseitigen möchte.

Wenn man glaubt, durch Herabminderung der beweglichen Kosten (Löhne und Rohstoffe) die Voraussetzungen für eine Rentabilität „auch bei eingeschränkter Produktion“ schaffen zu können, so ist das ein Aberglaube: je größer der Anteil der festen Kosten an den Gesamtkosten wird, desto stärker wirkt sich jede Produktionseinschränkung als Erhöhung der Kosten pro Stück aus. Aber im Interesse der 3000 Arbeiter und Angestellten muß man eine baldige Besserung der Lage des Unternehmens wünschen.

### Hartung ohne Dividende.

Die Hartung A. G., Berliner Eisengießerei und Gußstahlfabrik, deren Aktienmehrheit im Besitz der A. G. ist, bleibt für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr 1929/30 dividendenlos (im Vorjahr 4 Proz.). Das Unternehmen konzentriert jetzt den Bau von Landmaschinen auf das Werk Lichtenberg, den Gießereibetrieb (Stahlformguß) auf das Werk Brandenburg. Mit den Landmaschinenfabriken des Ostwerke-Konzerns, der Eckert A. G. in Lichtenberg und der Th. Fröhler A. G. in Gassen, wurde ein Abkommen getroffen, wonach diesen der Betrieb der Landmaschinen übertragen wird.

Bei 3 Millionen Mark Kapital ist der Reingewinn von 177 000 auf 35 000 M. zurückgegangen. Die Abschreibungen blieben mit 128 000 M. auf der Höhe des Vorjahres. Immerhin wurde ein Betrag von fast 10 Proz. des Kapitals, nämlich 281 000 M., zum Ausbau des Lichtenberger Werks verwandt (ist also im Geschäftsjahr verdient worden!).

Das Werk Brandenburg ist vorläufig gut beschäftigt, das Werk Lichtenberg ist bisher infolge geringer Aufträge nicht voll ausgenutzt.

### 300 Lokomotiven in drei Jahren.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat ein Beschaffungsprogramm für 300 Lokomotiven in 3 Jahren genehmigt.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, liegt dem Beschluß die grundsätzliche Bestätigung zu einer Vereinbarung mit der Lokomotivindustrie zugrunde, die die Verteilung dieser Aufträge auf 7 (von den bestehenden 12) Lokomotivfabriken beschränkt, nämlich auf Borsig, Hanomag, Henschel, Krupp und Schwarzkopff, ferner Schichau und eine noch zu bestimmende süd-deutsche Fabrik. Die ausfallenden Fabriken sollen durch Ersatzaufträge entschädigt werden, so etwa AEG, durch Elektromaterial, Drenstein durch Waggonaufträge usw.

### Görlitzer Waggon erhöht die Dividende.

#### Reichsbahnaufträge machen sich gut bezahlt.

Schlecht paßt zum üblichen Klagen der Waggon- und Maschinenindustrie, wenn man, wie die Waggon- und Maschinenbau A. G., Görlitz, in Krisenzeiten die Dividende von 10 auf 12 Proz. erhöhen kann. Und das, obwohl man zugleich wegen der Liquidation der Schiffswerft „Hebigan A. G., Dresden“ mehr als eine Million Verlust auf dem Konto „Beteiligungen“ abbuchen mußte.

Reichsbahnaufträge auf Grund des 100-Millionen-Kredits, den die gesamte deutsche Waggonindustrie der Reichsbahn verschafft hat, bildeten im abgelaufenen Geschäftsjahr (1. Juli 1929 bis 30. Juni 1930) die Hauptbeschäftigung. Auslandsaufträge wurden für Jugoslawien und Schweden ausgeführt. Aber die Leistungsfähigkeit war wie in der Abteilung Maschinenbau nicht ausgenutzt.

Wen trotz dieser nicht genügenden Beschäftigung und trotz des eingetretenen Verlustes der Gewinn sich von 777 000 auf 806 000 M. erhöhte, so daß auf das 8-Millionen-Kapital die erhöhte Dividende gezahlt werden kann, so muß man eine sehr günstige Gewinnspanne einkalkuliert haben. Sollte sich so der Zinsverlust aus dem 100-Millionen-Kredit zu Lasten der Reichsbahn und deren, die die hohen Tariffätze der Reichsbahn zahlen müssen, vielfach bezahlt machen?

## Internationale Stahlpolitik.

### Die neuen Straffätze und Quoten der Rohstahlgemeinschaft.

Seit Beginn ihres Bestehens hat die Internationale Rohstahlgemeinschaft die größte Mühe gehabt, die Beteiligungsziffern der beteiligten Länder entsprechend ihrer Produktionsfähigkeit festzusetzen und die Gesamtproduktion der ganzen I.R.G. der internationalen Marktlage anzupassen. Zunächst mußte die offensichtlich Benachteiligung Deutschlands durch Erhöhung seiner Quote ausgeglichen werden; später mußte man dauernd die Straffätze ändern, so daß schließlich fast jedes Land einen besonderen Straffatz, häufig geteilt nach Inlands- und Auslandsabfab, hatte.

Unter dem Druck der Weltkrise erwiesen sich die Bestimmungen des Gemeinschaftsvertrages immer mehr als ungeeignet, eine Regelung des europäischen Eisenmarktes zu gewährleisten. Die Strafzahlungen standen schon längst nur noch auf dem Papier, und das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich gegenüber der Strafzahlungslast hat sich ziffernmäßig ins Gegenteil gekehrt, mit dem einen Unterschied: Deutschland hat gezahlt, Frankreich hätte zahlen müssen!

Als nun die I.R.G. zum 30. September lang- und klinglos zu verschwinden drohte, haben sich die Beteiligten noch einmal aufgerafft, eine Regelung zu finden. Wenn sich bis zum 24. September die angeschlossenen Länder mit den vorgesehene Maßregeln einverstanden erklären, ist die I.R.G. bis Ende Dezember verlängert. Wie zu Beginn der I.R.G. soll für jede Tonne Ueberschreitung eine Strafe von 4 Dollar gezahlt werden. Eine Ueberschreitung wird nach zwei Gesichtspunkten festgestellt: einmal darf die monatliche Produktion nicht höher sein als die um 25 Proz. gekürzte Produktion vom Oktober 1929; zweitens darf die Produktion nicht den durch den I.R.G.-Vertrag festgesetzten Anteil an der Gesamtproduktion überschreiten. Erst wenn beide Grenzen überschritten sind, wird die Strafe fällig.

Der Geldtragende nach dieser Regelung würde Frankreich sein. Während seine Quote an der I.R.G. 31 Proz. beträgt, machte die Produktion im Juli 1930 26,5 Proz. der Gesamtproduktion aus, während Deutschland mit 38,3 Proz. statt 43 Proz. weit unter seiner Beteiligung blieb. In absoluten Ziffern ausgedrückt: Frankreichs Quote betrug bisher 763 000 Tonnen, es produzierte im Juli 1930 859 000 Tonnen; es darf nach der

1905

1930

# BUTTER



# HOFFMANN

## 105 FILIALEN

- 1905: 1 Geschäft
- 1914: 12 Filialen
- 1925: 19 Filialen
- 1928: 72 Filialen
- 1930: 105 Filialen

Dieser stetige Aufstieg beweist meine Leistungsfähigkeit

### Am 25., 26., 27. September Jubiläumspreise

- Allerfeinste Tafelbutter ..... Pfd. 1,60
- Hochfeiner Schweizer ..... „ 1,20
- Vollfetter Tilsiter ..... „ 0,85
- Allgäuer Limburger ..... „ 0,40
- Westf. Salami und Zerkelatwurst ..... „ 1,80
- Westf. Knoblauchwurst ..... „ 1,50
- Braunschweiger Mettwurst ..... „ 1,20
- Prima westf. Rotwurst ..... „ 0,85

### Auf alle Spezialmarken Margarine doppelte Sparbons

Meine Grundsätze  
Stets erstklassige, frische Ware  
billigste Preise  
und außerdem

großzügige Wertreklame

mit praktischen Wirtschaftsgegenständen in unübertroffener Auswahl

#### FILIALEN:

BERLIN N: Müllerstr. 124, 128c, 152, 156a, 157, 164 • Brüsseler Str. 6 • Triftstr. 9 • Burgdorferstr. 6 • Chausseestr. 99 • Eichendorff-Ecke Schlegelstr. • Elsassstr. 17-18 • Ackerstr. 19 • Rosenfelder Str. 60 • Alte Schönhauser Str. 39-40 • Schwedter Straße 13 • Kastanien Allee 43 • Schliemannstr. 35 • Dünckerstr. 15 • Senefelderstr. 30 • Weissenburger Str. 38 • CHARLOTTENBURG: Kaiserin-Augusta-Allee 89 • Christstr. 52a • Godesstr. 30 • Kommanstr. 67 • BERLIN SW: Büchenerstr. 68 • BERLIN S:

Schöneleinstr. 7 • Größestraße 77 • Dresdener Str. 22 • Prinzenstraße 16 • Sebastianstr. 66 • BERLIN O: Ebelingstr. 13 • Straßmannstr. 40 • Theaterstr. 20 • Weidenweg 50 • Boxhagener Str. 17 • Pinow-Ecke Waserstr. • Momeler Str. 74-75 • Fruchtstr. 18 • Paul-Singer-Str. 33 • Blumenstr. 11 • Götterstr. 30 • RUMMELSBURG: Goethe-Ecke Kantstraße • Ostbahnstr. 2 • Türschmidtstr. 12 • BERLIN NO: Landsberger Allee 55 • Weberstr. 32 • Gollnow-Ecke Fliederstr. • Graßwälder Str. 225 • BERLIN NW: Lehrter Straße 36 • Stephenstr. 60 • Birkenstr. 50 • Wicelstr. 55-56 • Kieghstr. 22 • Ottostr. 2 • Beusselstr. 11 • Beusselstr. 39

BERLIN W: Dönnelitzstr. 32 • WILMERSDORF: Brandenburgische Str. 70 • Wexstr. 27 • SCHÖNEBERG: Akazienstr. 8 • Kolonnenstr. 61 • Wartburgstr. 18 • BERLIN SO: Admiralstr. 14 • Mariannenstr. 4 • Reichenberger Str. 61 • Currystr. 11 • Götitzer Straße 66 • Muskauer Str. 44 • NEUKÖLLN: Herrmannstr. 63 • MARIENDORF: Schützenstr. 36 • FRIEDRICHSFELDE: Capriviallee 63 • OBERSCHÖNEWEIDE: Edisonstr. 16-18 • Wilhelmshofstr. 34 • KÖPENICK: Grünstr. 17 • ADLERSHOF: Bismarckstr. 40-42 • BERNAU: Berliner Ecke Königstr. • HAUEN: Kirchstr. 18 • NOWAYES: Friedrichstr. 14.



# Ernst Toller: Das Oktoberern

## Wie man in Sowjetrußland läuft

„Blaue Blusen“ heißen die Truppen, die in origineller Form, mit künstlerischen Mitteln, Propaganda treiben. Es gibt deren in Rußland etwa vierhundert. Die Artisten sind Arbeiter, die im Betriebe bleiben und abends spielen. Die Truppen treiben Propaganda für die Rote Armee, für Genossenschaften, für Intensivierung der Arbeit, für Physkultur usw. (Physkultur ist der neue Name für Sport. Sport mit seiner Reformmanie gilt als bürgerlich, was an seine Stelle trat, heißt Physkultur.)

Die künstlerischen Mittel der „Blauen Blusen“ sind Poesie, Akrobatik, Tanzletzte.

Akrobatik spielt eine große Rolle in den Sowjettheatern, und das ist merkwürdig. Denn was macht die Freude an Akrobatik aus? Nicht nur Gefallen an der Biegsamkeit, an der Leistung der Artisten, hinzu kommt der sensationelle Reiz, daß der andere sein Leben aufs Spiel setzt, und man diese Lebensgefährdung ruhig gemessen kann. Also etwas, was der proletarische Ideologe als kleinbürgerlich bezeichnet.

Sollte diese „Sensation“ mit der Klassenzugehörigkeit nichts zu tun haben?

Sechs junge Burken und sechs Mädchen singen ein Propagandastück für die Rote Armee mit dem Refrain: Wir sind keine Militaristen, wir sind Schützer der Arbeit!

Die soldatische Disziplin in den Bewegungen! Am lustigsten und gleichzeitig künstlerisch am stärksten wirken Satiren auf Zeitvorgänge.

Die Bolschewiki fanden als Erfolg für die Tausche eine neue Form: sie „oktobern“ ihre Kinder. Das Kind erhält die merkwürdigsten Namen. Raja nach Rai, Oktobra nach Oktober, Elektrifketa, weil Elektrifizierung die Förderung des Tages, Traktora, weil vom Traktor die rapide Entwicklung der Landwirtschaft erhofft wird. Kim, entstanden aus den Anfangsbuchstaben für die kommunistische Jugendinternationale, Kinel, Mädchename, entstanden aus der Umkehrung von Lenin.

Eine kleine Episode wurde aufgeführt, „Oktobern“ genannt. Ein junges Arbeiterpaar, das sich paricellos nennt, aber auf Vorteile von allen Seiten bedacht ist, hat das erste Kind bekommen und läßt es oktobern. Die Fabrik, in der Mann und Frau arbeiten, übernimmt beim Oktobern die Patenschaft. Sie schickt als Delegierte zum festlichen Akt fünf Genossen in die Wohnung des Ehepaares. Mutter und Vater haben sich kommunistisch herausgeputzt. Mutter trägt ein Inallkrotes Kopftuch, Vater im Jackett alle möglichen Abzeichen mit Bildern von Lenin, Trozki, Frunse, Stalin usw.

Der Vorsitzende der Delegation, allen als Bramarbas bekannt, beginnt seine Rede:

„Dieses Kind, dieses rote Kind, dieses revolutionäre Kind soll ein Soldat gegen den Kapitalismus, ein Soldat der Weltrevolution sein. Der Kapitalismus... überhaupt der Kapitalismus...“ und plötzlich, als wenn er sich auf einem Meeting befände, hält er eine wütende Rede gegen den Kapitalismus.

Ein anderer Delegierter stößt ihn mit der Faust in die Rippen. Er hält inne und beginnt von neuem:

„Wir sind zusammengesommen, um das Kind unseres tapferen Genossen, das rote Kind, das revolutionäre Kind zu oktobern. Das wollte ich sagen. Und dann wollte ich sagen: der Kapitalismus...“ und schon entströmt seinem Munde ein nicht aufzuhaltender Suada gegen den Kapitalismus.

„Gut, denf daran, wozu du hergekommen bist“, ruft ein Delegierter ihm zu.

„Also wir sind hergekommen, weil unsere rote Fabrik beschlossen hat, das rote Kind, das revolutionäre Kind Marat zu nennen zur Erinnerung an den großen Helden der französischen Revolution, Marat.“

Mutter schreit vor Schrecken auf. Vater bedeutet ihr, sie möchte ruhig sein und sich das Geschenk der Fabrik anschauen, schöner Stoff fürs Kind.

Mutter beruhigt sich. Die Delegierten nehmen Abschied. Ob der Pope endlich erscheinen dürfe, er warte schon seit einer Stunde am stillen Ort, melde die Tante.

Flugs reißt Mutter ihr rotes Kopftuch vom Haupt, schlägt Vater seinen Jackettfragen hoch, daß alle Abzeichen und Bilder verschwinden — mit Verbeugung und Betkreuzigung öffnet man die Tür zum Kiolett und bittet den Popen hereinzukommen. Ebenso die beiden christlichen Taufzeugen, die im gleichen Raum gemartet haben.

Minutenlang küßt man dem Popen die Hände, betkreuzigt sich wieder und wieder.

Zum Taufbesen wird ein Küchensober bestimmt. Unterdessen erzählt die Frau dem Popen, die Bolschewiki hätten sie gezwungen, ihr Kind oktobern zu lassen und in schreiendem Weinen: „Diese Hunde haben mein Kind Marat genannt.“

„Marat!“ teilt der Pope, „Marat, das war ein Räuber, ein Lump. Niemals kann ein christliches Kind den Namen Marat bekommen.“

Alle beraten, wie man das Kind nennen soll. Damit die Bolschewiki nicht merken, daß das Kind einen anderen Namen hat als den, den sie ihm gegeben, wird einer gefragt, der so ähnlich klingt wie Marat. Jeder macht Vorschläge: Lara, Rata, Arta, Marita, schließlich einigt man sich auf einen Namen. Nur Mutter will ihn nicht. Vater droht ihr, wenn sie nicht gleich den Mund halte, habe er ihr ein paar runter. Mutter beruhigt sich.

Die Zeremonie beginnt: Chorgesang und Stichtkreuzigen, Tausche des Kindes. Doch mitten im heiligen Akt öffnet sich die Tür, und herein kommt ein Kommunist, der seine Götter vergessen hat.

Im allgemeinen Tumult, Vater hat inzwischen seinen Rock tragen geöffnet und läßt seine kommunistischen Abzeichen sehen, endet die Szene.

barsten Farben auf... Wer weiß, ob die Medizin nicht jetzt — dort den Fortschritten der Physik — die mächtigste Waffe im Kampf mit epidemischen Krankheiten erringen hat.

Natürlich — das sind Kleinigkeiten... Ein Journalist, der seine Leser wirklich interessieren will, muß jedes Feuilleton an die letzte Theaterpremiere anknüpfen. Wollen mal versuchen: Der Berliner Ingenieur Kurt Gerson hat eine sehr einfache Methode der Bearbeitung von Graphitpulver in nützliche Substanzen erfunden. Er läßt ihn Transmissionen, speziell konstruierte Magnete durchlaufen, benutzt pneumatische Separatoren und erhält so noch Zer-mahlen aus einem Haufen widerlicher Abfälle etwas, was er „Baumwolle“ nennt. Nach entsprechender Nitrikkation entsteht aus diesem Meiß — Kunstseide! Außerdem kann man — dank anderer Prozesse — aus Fegen, Kohlenstaub, Abfällen, alten Gummiabfällen... Holzstohle, Branngas gewinnen! Man hat schon eine entsprechende Fabrik erbaut. „Millionen liegen auf unseren Märkten“, rufen die Berliner Blätter freudig aus...

Gut, aber was hat das mit einer Theaterpremiere zu tun?

Man könnte Herrn Kurt Gerson hintergehen, ihm sein Patent heimlich stehlen, Zentrifugen aufstellen, Segregatoren, Rührkufen und darauf einige Meisterwerke der neuen dramatischen Literatur mit samt den Rezensionen über sie laufen lassen, dem Ganzen wegen des Berufs — etliche Wunderwerke amtlicher Prosa beimengen... Wir würden sehr viel Kunstseide gewinnen.

## Erna Büsing: Eisenkopf hält seine Freunde frei

Eisenkopf ist ein erstklassiger Kolossalmench. Eisenkopf ist eine Fleischportion, die sich sehen lassen kann. Wenn er seine beiden Hände im Kaffeetisch auf einen runden Marmartisch legt, dann ist der bedeckt. Aber Eisenkopf ist nicht nur fett und groß und schwer, er hat auch seinen Körper trainiert. Eisenkopf hat hart gearbeitet bei erschreckender Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst und darum kann er nun Kraftleistungen vollbringen. Er ist eine Krainnummer ersten Ranges, wirklich, er kann sehr viel, er leistet reelle Arbeit, jedoch wird er nie ein großer Artist. Er kann nämlich seine Nummer nicht verkaufen.

Er ist gutmütig und aufrichtig. Er ist viel zu sehr von der Schwere der sich selbst gestellten Aufgaben überzeugt, um je nach dem Bluff streben zu können. Er kann nicht sein eigener Marttschreier sein.

So gastiert er in kleinen Wirtschaften. Dortin verlieren sich weder literarische Größen aus Deutschland noch Varietédirektoren aus Paris, um Artisten zu entdecken. Dortin kommt höchstens einmal ein Mann, der einem verstaubten Panoptikum etwas frische Luft durch eine „Zugkraft“ zuführen möchte.

Trotzdem hat Eisenkopf eine Schar treuer Anhänger. Sie setzt sich zusammen aus Schwarzarbeitern, die Muskelarbeit nicht nur bestaunen oder bewundern, sondern sie auch zu schätzen wissen. Aber was nützt es schließlich dem Eisenkopf: ist doch das stichhaltige Werturteil seiner begeisterten Anhänger nicht für bare Münze zu verkaufen.

Eisenkopfs Künstlername ist gut gewählt: weil unser Krainmench letzten Endes Kopfabbeiter ist. Sein Kopf ist tatsächlich wie non Eisen und es gehört zu Eisenkopfs Spezialitäten, alles mögliche auf seinem harten Schädel zerstoßen zu lassen. Das ist oft seine letzte Arbeit und der ungläubige Zuschauer, der selbst probieren darf, arbeitet sich als Schläger bei seiner Arbeit mehr als einmal richtiggehend in Schweiß. Und Eisenkopfs Freunde tun viel für ihren kräftigen Schützling und sie tun noch mehr für die Kunst und sie stoßen einmal sogar einen Meilenstein, der hernach bei der abendlichen Vorstellung auf Eisenkopfs Schädel zerlöst wurde.

Aber, wie schon gesagt, Eisenkopf wurde nie ein berühmter Artist. Sein Verdienst reichte gerade für Schmalzstullen zum Frühstück, Hülsenfrüchte zum Mittag und Sped zum Abendessen.

Doch einmal im Leben und das ist heute, da kann Eisenkopf eitel Freude um sich verbreiten. Er, dessen Freigebigkeit der eigene Geldbeutel immer so enge Grenzen zieht, kann heute einmal der Spendierende sein. Eisenkopf hält seine Freunde frei. Sie essen Eisbein und Sauerkraut und trinken Bier und lassen für manchen Großen das jammervoll bestimmte Orchester spielen.

Eisenkopf arbeitet an diesem Abend nicht, er ist der ganz große Star, der Launen hat. Und wie diese gütige Wendung des Schicksals zustande kam? Nun, heute morgen war ein hochgelehrter Herr Professor bei Eisenkopf. Man verhandelte und Eisenkopf hatte, unter Hingabe einiger Tintenflecke, ein Schriftstück unterzeichnet, das dem Herrn Professor aber dessen Unvorsichtigkeit das Recht einräumt, sich der Leiche Eisenkopfs zu bemächtigen.

Morgen geht das Leben für Eisenkopf im alten Trakt weiter. Man zerhackt weiterhin Steine auf seinem Kopf und dieser Kopf samt Körper werden nie aus den verräucherten, durch einen schmerzigen Vorhang abgetrennten Hinterstuben kleiner Wirtschaften herauskommen.

Und wenn man darüber nachdenkt, dann muß man sagen, es ist eigentlich schade, daß dieser gutmütige, so gerne gehende Eisenkopf nur einmal seine Freunde irret halten konnte, und daß auch nur an dem Tage, an dem er seine Leiche an die Anatomie verkaufte.

## Robert Blum als Theateragent

Robert Blum war schon mehrere Jahre Theatersekretär in Leipzig gewesen und in Deutschland bereits bekannt, als er von der Stadt das Bürgerrecht forderte; er begründete dies damit, daß er zusammen mit dem Souffleur Koffka ein Zentralsbüro zum Vertrieb neuerer theatralischer Werke einzurichten beabsichtige. Das im Leipziger Ratsarchiv aufbewahrte, bisher unveröffentlichte Schreiben, in dem Blum auf Rückfrage des Rats Näheres über diese Absicht mitteilt, wird jetzt von Arno Rapp in der „Scene“ wiedergegeben.

Danach wollen die Unternehmer „die Krankheiten des dramatischen Geschäftsverkehrs, sowie es in den Kräfte zweier Menschen und dem redlichen Willen steht, heilen, und das gediegene Werk sondern gegen die Masse meist unbrauchbarer Produktionen“, weiter aber auch „dem Krebsübel steuern, des mit vernichtender Gewalt von dem ohnehin fargen Lohne des dramatischen Dichters in Deutschland frisst: dem literarischen Diebstahl, der nirgends so schamlos geübt wird wie bei den deutschen Bühnen“. Blum konnte darauf hinweisen, daß ihm bereits die Autoren Grillparzer, Rosen, Laube, Bayernfeld, Halm, Raupach, die Komponisten Reperber, Voriging, Marischner, Reißiger, Kreutzer und die Intendanten der geschickten deutschen Theater jede Unterstützung sowie den ausschließlichen Vertrieb ihrer Werke zugesagt hätten. Dennoch teilte ihm der Rat mit, daß „dieses Geschäft, welches er zu treiben beabsichtige, kein Gewerbe sei, das zur Erlangung des Bürgerrechts berechtigt oder verpflichtet“. So mußte Blum das Bürgerrecht, das er für seine politische Zukunft nötig zu haben glaubte, trotz finanzieller Schwierigkeiten durch Kauf eines Hauses in der Stadt erwerben.

Zur Gründung des Zentralsbüros ließ ihm die Politik keine Zeit mehr, und wenige Jahre später befreiten die österreichischen Kugeln in der Brigittenau die Stadt Leipzig von ihrem gefährlichen Bürger.

## Bruno Winaver: Von Memnonen, Elektronen usw.

Wenn die kurzen Ferien zu Ende sind, fangen unsere unglücklichen Kinder — nach alter Sitte — wieder an, nutzlose uninteressante Daten und Tatsachen in die armen geplogten Hirne zu stopfen; Wann hat König Heinrich der Soundfonelle gelebt? Welcher Karl hat welchen Philipp geschlagen und wo? Welche Ansprüche hatte die weiße Rose an die rote?

Sagt mir, liebe Leute, wer hat eigentlich die Schulprogramme gemacht? Gibt es kein Mittel gegen diese schlimme ägyptische Plage? Und wann endlich wird der Pädagogherkules aufstehen, einen mächtigen Befehl erteilen und diesen ganzen unnützen Ballast von albernem Namen, Chronologien, Zahlen, Geschichtchen, die nichts bedeuten, und Kriegen, die mittelalterliche Rombdianen in betrunkenem Zustand erklärt haben, mit einem Schreie ausmitteln? Was hat das alles mit Bildung zu tun, und warum vernageln wir eigentlich freiwillig die jungen Gehirne? Warum verwandeln wir die Schule in einen „Garten der Qual“?

Ergänzt den Kindern lieber — anstatt sie zu quälen — das sensationelle Märchen davon, wie die genialsten Menschen der Welt — Newton, Galilei, Jungens, Leonardo, Fresnel, Maxwell, Herz, H. Lorenz — jahrhundertlang mit der großen Frage rangen: Was ist Licht? Wie da Theorien aneinanderprallten, wie wir in fortwährender, ausdauernder Arbeit Schritt um Schritt das Terrain eroberten und wie wir schließlich zu unseren heutigen Kenntnissen gelangt sind. Die Geschichte der Optik ist weitest interessant als eine pseudo-allgemeine Geschichte — und da gerade davon die Rede ist — es gab eine Zeit, wo bescheidene wissenschaftliche Tatsachen eine große „politische“ Rolle in der Geschichte gespielt haben.

Wir haben gesehen, daß die ägyptischen Priester eine Kleinigkeit über die Sonnenferne gewußt haben. Und das gab ihnen Macht über die Menge — einige kümmerliche Kenntnisse aus der Astronomie erhoben sie über den gemeinen Pöbel und machten aus ihnen eine allmächtige Klasse. — In diesem und jenem Tag — verübten sie dem Volk mit tragischer Stimme — wird Gott, um euch zu strafen, kein trübendes Anstich verhehlen! — Und es herrschte unbeschreibliche Panik unter dem ägyptischen Volk, es erhob sich Stöhnen und jämmerliche Wehklagen in den Straßen der Städte und vor den Mauern der Tempel. Da sammelte der weiße Erzpriester viele Gaben ein, willfahrte den Bitten und den Fischen — sprach, während er die Hände zum Himmel erhob, eine nur ihm bekannte Formel, der unheilbringende Schatten schwand, die Sonne strahlte wieder...

Heut könnte jeder Volksschüler, wenn er einen Bild in den Kalender tät, sehr gut die Rolle eines großen Opferspieler spielen. Jeder unserer Schullehrer hätte in Ägypten das Anrecht auf eine Schürze aus gemustertem Stoff und auf eine goldene, mit Saphiren und Rubinen besetzte Tiara.

Sonnensfernen tritt ziemlich fest ein, und so hielten die weisen Erzpriester — so für „alle Tage“ — einige kleinere Wunder in Bereitschaft. Schwere Lorstügel öffneten sich von selbst vor dem erkrankten Volkführer, obwohl im Tempel niemand anwesend war. Amenhoteps mächtige Säule in Theben sang bei Sonnenaufgang oder flüsterte unverständliche Worte... Der Ingenieur William Kennel, Vorsitzender des Wissenschaftersbundes, erklärte den bei einem Banquet in London verkauften Zuhörern, daß jene geheimnisvollen, übernatürlichen, mystischen Erscheinungen lediglich von einigen elementaren Kenntnissen der Theorie der Gase oder — einfacher — der Pneumatik zeugen. Die Tore öffneten sich von selbst, weil auf dem Altar Feuer brannte, die Luft erhitzte, die sich ausdehnend, Wasser verdrängte, es durch eine Röhre in ein bestimmtes

Rücheln zog, und dieses Rücheln wieder zog an einem Schnürchen, das über einen Balken lief. Jeder geschickte Schlosser wird euch nach kurzer Ueberlegung eine ähnliche mechanische Installation skizzieren können.

Der jugendliche Memnon war etwas anders eingerichtet, aber auch hier handelte es sich nur um Geschicklichkeit und um den entsprechenden Kostenpunkt. Der Magistrat konnte uns bei einigem guten Willen eine jugendliche Säule Amenhoteps III. errichten. Man muß nur im Sockel zwei Kameras unterbringen, Wasser einleihen, mit einem Röhren verbinden und warten, bis die Sonne aufgeht. Durch die goldenen Sonnenstrahlen erwärmt, drängt das Gas das Wasser aus einer Kaverte in die andere, aus welcher dann die zusammengepreßte Luft durch speziell angebrachte Öffnungen stehend entweicht... Bei Sonnenuntergang wiederholt sich die gleiche Prozedur in entgegengesetzter Richtung: das Standbild singt, läßt seltsame Worte, die Menge fällt in den Staub und lobet die Stadtväter, die Poeten verfassen glänzende Hymnen zu Ehren des mächtigen Magistrats.

Mit solchen einfachen Spielereien und neuen Kunststücken ver-schaffte man sich einst Achtung und Gehorsam, einige elementare Kenntnisse der Physik hielten gewaltige, vieltausendköpfige Ansammlungen im Zaum, sicherten den Eingeweihten lebenslängliche Rente, Reichtümer, höchste Stellen in der Gemeinschaft.

Unsere heutige Wissenschaft verhält sich zur Wissenschaft des ägyptischen Priesters wie ein großer, feuriger Meteor zu einem zer-tretenen Johannistäger, aber — trotzdem habe ich manchmal den Eindruck, daß jene geistlicher waren als wir. Was sie wußten, ver-schieden sie eiferfüchtig und kein verdammt Rassehausnob, kein gepreister Arbeiter mäkelte bei einer Schale Schwarz an ihnen herum: „Radio? Blödsinn — Elektrische Wellen? Langweilig — Einsteins Theorie? Wem nützt das schon? — Fernsehen? Appa-ratur...“

Wir sind heute weit davon entfernt, die Technik anzubeten. Wir zuden verächtlich mit den Achseln, wenn uns jemand plötzlich erzählt, daß die Herren Kelvin, Barrowford und Edwards vom University College in London endlich das Königenkino verwirklicht haben, den Herzschlag filmen, den Blutkreislauf, die Funktion der inneren Organe. Uns imponiert nicht die radiofonische Kunsttation, welche — vielleicht schon morgen — dem Arzt in London gestattet, seinen gerode auf einem Schiff nach dem fernen Kapstadt reisenden Patienten zu untersuchen.

Was kümmert es uns, daß der berühmte amerikanische Physiker Dr. Collidge (Franklin-Institut in Philadelphia) die wissenschaftliche Welt mit einer kurzen Depesche von seiner neuen Erfindung in Kenntnis gesetzt hat. Es ist ihm gelungen, die berühmte Vakuum-röhre Lenards, die bis dahin eine spröde, subtile, fränkliche, kunst-volle und überempfindliche Laboratoriumsapparatur war, umzu-lauen und den technischen Anforderungen anzupassen. In den Meisterlingen des amerikanischen Gelehrten verwandelt sie sich gründlich, nahm neue Kräfte an, spricht geradezu Worten von Rotenstrahlen in die Luft, verspricht Elektronen von nie da-gewesener Energie. Mit einer Geschwindigkeit von 250 Tausend Kilometer in der Stunde fliegen sie durch ein Nickelgitterchen aus dem Vakuum heraus und rufen Effekte hervor, die somit vielleicht nur ein volles Kilogramm Radium hervorufen könnte. Kristallalle werden im Ru schwarz, Azetylen (Gas) verwandelt sich in ein gelber Pulver, Basillen und sogar ausgewachsene Fliegen fallen im Hundertstel einer Sekunde tot hin, Wasser verflücht sich von selbst rosa, die Milch pasteurisiert sich, Mineralien glitzern in den mund-